

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 22 vom 1. Juni 1984

18. Jahrgang

1 DM

Geißler besoffen?

Heiner Geißler, der ja nun Minister ist — und das immerhin ist eine Tatsache — hat gezählt. Die „wenigen Zehntausend“ Teilnehmer der Gewerkschaftskundgebung in Bonn, seien ihm Beweis genug dafür, daß die Funktionäre isoliert dastehen würden.

Nun: Ihm selbst mag es ja Beweis genug sein, das interessiert so wohl auch keinen, nicht einmal Spendenbetrüger. Auch nicht, daß er wieder mal keinen Überblick hatte ist überraschend. Sondern am meisten die Auswirkung. Normalerweise sieht man in so einem Zustand, der als Erklärung für seine Zählung herhalten muß doch doppelt?

Essers Frage

„Was glauben wir, uns noch leisten zu können?“ fragte BDA-Chef Otto Esser dieser Tage. (Er meinte natürlich die Deutschen und ihre „ach so viele“ Freizeit). Aber immerhin, man könnte seine Frage annehmen. Was glauben die denn, sich noch leisten zu können, all diese Esser, Kohl und Konsorten? Sie könnten ja ihre restliche Lebensfreizeit im Südpazifik nehmen und hier abgeben. (Aber natürlich nicht ohne Grenzkontrolle, damit sie auch nicht mehr mitnehmen, als andere haben, die für mehr Freizeit kämpfen...)

Bayers Boykott

Der Chemiemulti Bayer Leverkusen boykottiert künftig den „Stern“. Ganz so, wie es Hoechst schon mit dem „Spiegel“ tat. Die Chemiekapitalisten mögen es nicht, wenn in bestimmten Blättern an ihrer Giftweltpolitik Kritik geübt wird, dann gibt es Anzeigenentzug, und das kommt die Betroffenen schon ganz schön teuer, obwohl sie auch der Ärmsten welche nicht sind.

Interessanter daran ist, daß sie diese Maßnahme lautstark und öffentlich ankündigen, wo es etwas sonst doch immer durch die Hintertür geregelt wird. Der Sinn ist klar: Andere sollen davon abgeschreckt werden ein „kritisches Wort“ an die Mächtigen zu richten und sei es auch noch so zahm.

Illustrierte „Stern“ enthüllt:

BGS probt Einsatz gegen Streikende

Innenministerium wußte angeblich nichts davon

„Der anhaltende Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als

Schwerpunktstreiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nordwürttemberg/Nordbaden und Teilen Südhessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck,

ÖTV, Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen... Die anhaltenden Massenstreiks haben bereits zu erheblichen Lähmungerscheinungen im Wirtschaftsablauf geführt...“

Das ist die Ausgangslage für eine Übung, die Einheiten des Bundesgrenzschutzes vom 21. bis 25. 5. 84 auf dem britischen Truppenübungsplatz Sennelager bei Paderborn durchführten. Der Truppenübungsplatz Sennelager dient normalerweise der britischen Rheinarmee dazu, den Häuserkampf gegen die IRA zu üben.

Das Bonner Innenministerium hat angeblich von nichts gewußt. Angeblich war alles ein „Irrtum auf unterer Ebene“. Wir meinen: das sind die üblichen Ausreden, wenn die Öffentlichkeit etwas erfährt, was sie nicht erfahren soll.

Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden! Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern des BGS!



Die Staatsgewalt probt den Einsatz im Innern. Das Archivbild einer „Häuserkampfübung“ zeigt, daß der neueste Fall keine einmalige Ausnahme darstellt.

Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden Druckindustrie Tarifverhandlungen gescheitert!

Unternehmer haben sich keinen Millimeter bewegt

Die Tarifverhandlungen für die Druckindustrie in Bad Sothen und für die Metallindustrie im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden wurden am Dienstagabend ergebnislos abgebrochen. Neue Verhandlungstermine wurden nicht vereinbart.

Die Verhandlungen machten deutlich, daß die Unternehmer keinen Millimeter von ihrem Ziel, die 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit festzuschreiben, abgehen wollen.

Sie versuchten, die Öffentlichkeit in dieser Frage zu verwirren, indem sie herausstellten, sie hätten ein Angebot über die Einführung der 38-Stunden-Woche für Schichtarbeiter gemacht. Tatsächlich handelt es sich dabei nur um eine Konkretisierung des bekannten „Flexibilisierungskonzepts“.

Die stufenweise Einführung der 38-Stunden-Woche für Schichtarbeiter — davon wären nur 15 Prozent der Be-

schäftigten in der Metallindustrie des Tarifbezirks betroffen gewesen — sollte von der IGM bezahlt werden mit der Festschreibung der 40-Stunden-Woche und der geltenden Urlaubsregelung bis 1988.

Im Anschluß an die Verhandlungen erklärten sowohl der Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Eisenmann als auch der Verhandlungsführer der Metall-Kapitalisten Stahl, sie gingen nun von einem längeren Arbeitskampf aus.



Streikende Metallarbeiter vor dem Mahle-Werk in Markgröningen

Diese Woche

DGB-Demonstration gegen die Regierung in Bonn — Bildbericht

Seite 3

Arbeitslose, ein revolutionärer Faktor? 4. Teil mit Besprechung des IGM-Kongresses '83

— Seiten 6/7

„Bosporus-Brücke zu verkaufen“ — Sonderseite Türkei heute —

Seite 10

Ölmultis reagieren „gelassen“ — mit Preiserhöhungen

Irak verschärft den Krieg am Golf

Während durch erneute irakische Angriffe auf Frachtschiffe im persischen Golf die militärische Lage verschärft wurde, sieht die Mineralölindustrie „keinen Anlaß zur Sorge“ um die Rohölversorgung.

In der vergangenen Woche sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Shell AG, die im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik allein 340 Millionen Mark Gewinn machte, daß die Rohölpreise trotz des Tankerbeschusses im Golf „relativ fest“ seien.

Trotzdem toben sich die Mineralölverkäufer im Moment wieder voll aus. Ohne, wie in vergangenen Monaten schon öfter geschehen, zumindest einen Teilrückgang der Preise wieder abzuwarten, erhöhen alle Konzerne in diesen Tagen die Benzin- und Dieselpreise. Die 1,40-DM-Grenze wird angepeilt, zur umsatzträchtigen Urlaubszeit soll das Preisniveau noch höher liegen.

Diese „Gelassenheit“ der

Ölmultis teilen aber nicht alle an dem Konflikt am Golf direkt oder indirekt beteiligten Staaten. Zuviel an Macht und Einfluß steht für sie auf dem Spiel, auch wenn selbst bei Schließung der Straße von Hormuz lt. „Handelsblatt“ nur 10 Prozent des westlichen Verbrauchs blockiert würden.

Mehr zum Golf-Konflikt auf Seite 11



Bundestagsdebatten über Steuer-Skandal und Kurzarbeitergeld

Neue Pläne für Persilschein

Am Tag danach: Lambsdorff griff an

Was sich in den Äußerungen Kohls vor dem BDI und in Herrn Rodenstocks Äußerungen schon angedeutet hatte, wurde am Ende der Bundestagsdebatte am Donnerstag über die „Persilschein-Affäre“ endgültig klar: CDU/CSU und FDP haben ihre Pläne, ihren Finanziers eine weiße Weste zu verschaffen, keineswegs aufgegeben, sondern suchen aufgrund des breiten öffentlichen Protestes lediglich einen anderen Weg zu diesem Ziel. Am Freitag ergingen sich vor allem Lambsdorff, aber auch Blüm, während der aktuellen Stunde zum Thema „Kurzarbeitergeld“ in Angriffen auf die Arbeiterbewegung.

Zum Abschluß der Bundestagsdebatte verabschiedeten die Regierungsparteien eine Resolution, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, Veränderungen im Strafprozeßrecht dahingehend vorzunehmen, daß Fälle sogenannter Vorverurteilungen zur Einstellung von Strafverfahren führen. Leicht einsehbar, daß es dabei nicht um Prozesse gegen Arme oder überhaupt „kleine Leute“ geht, sondern es kann nur um Leute aus

dem Kreis der Herrschenden gehen. Die Begründungen für diese neue krumme Tour waren genauso verlogen wie für den ersten Persilschein-Anauf.

Ansonsten waren diese Debattentage durch den Versuch vor allem der CDU/CSU gekennzeichnet, eine Gegenoffensive zu starten. Einmal indem immer wieder darauf hingewie-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neue Pläne für Persilschein

(Fortsetzung von Seite 1)

sen wurde, daß die SPD auch an solchen Vorgängen beteiligt sei (und insofern als sie auch, wenn auch weit weniger, Geld über solche Wege erhalten hat und an der Verabschiedung des im Grunde ebenso skandalösen „Parteienfinanzierungsgesetzes“ beteiligt war, stimmt dies auch). Zum anderen indem sich diese seltsamen Saubermänner als verfolgt hinstellten, aktuell vor allem durch den Streik der Drucker, vor allem durch Ferlemanns Aussage vor dem SPD-Parteitag, „liberale Berichterstattung“ nicht zu behindern. Auffallend an dieser Aus-

einandersetzung war in der aktuellen Stunde am Freitag die plötzliche offensive Position, in der ein Typ wie Lambsdorff sich durch seine Hetze gegen den Druckstreik befand. Keiner, weder SPD- noch Grüne Abgeordnete fanden sich bereit, einmal zu sagen, daß es wahrhaft nicht undemokratisch ist, beispielsweise die Hetze der Springer-Blätter zu unterbinden. Zeitungen, die eine zentrale Rolle dabei spielen, wenn ein Klima geschaffen wird, in dem reihenweise Anschläge auf Streikposten durchgeführt werden — solche Hetzblätter sind an sich undemokratisch.

Keiner auch, weder Sozial-

demokrat noch Grüner, der sich fand, Lambsdorff darauf hinzuweisen, er solle sich „benehmen“. Ausgerechnet dieser Mann, der die Berichterstattung über seine Taten stets als „Vorverurteilung“ zu bezeichnen pflegt, kann sich in diesem Bundestag ungestraft und sogar unbeantwortet hinstellen und den Demokraten spielen, der angeblich eine Pressefreiheit verteidigt gegen streikende Arbeiter. SPD-Abgeordneten fiel nichts anderes ein, als zu beteuern, Ferlemann habe sich ja entschuldigt, die Grünen hielten sich, aus welchen Erwägungen auch immer, ganz heraus.

So konnte Lambsdorff seine Offensive zu Ende reiten und mit dafür sorgen, daß die Regierungsparteien aus einer De-

batte, die sich eigentlich für sie zu einer schweren politischen Niederlage hätte entwickeln müssen, noch einigermaßen ungerührt davon kamen. Hier nutzte er die bürgerliche Grundeinstellung vor allem der SPD-Fraktion restlos aus. Denn der bleibende politische Eindruck dieser beiden Debattentage in der letzten Woche war diese Attacke Lambsdorffs, die faktisch unbeantwortet blieb.

Da ging nicht nur die Resolution von CDU/CSU und FDP am Donnerstag „unter“ sondern auch die beharrliche Weigerung eines Herrn Blum am Freitag, die Entscheidung der BfA, kein Kurzarbeitergeld für kalt ausgesperrte Metallarbeiter zu bezahlen, politisch rückgängig zu machen.

Schleswig-Holstein: Richter gegen CDU-Landesregierung

Sollen Richter von der Regierung eingesetzt werden?

Die Klassenjustiz soll schlagkräftiger werden

Bei der Wahl von Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte sagt die bisherige Regelung, daß die Landesregierung drei Vorschläge macht, wovon der Richterwahlausschuß einen auswählt. Künftig soll die Landesregierung sie direkt ernennen können.

Den zweiten Teil der „Reform“ hat die Regierung bereits fallengelassen. Dabei ging es darum, daß die Regierung überhaupt bei der Bestellung von Richtern mehr Einfluß bekommen sollte, als sie ohnehin schon hat.

Mit „hochgeköcht“ ist dabei die Frage der Maßregelung von 26 Richtern und Staatsanwälten, die einen Brief gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen unterzeichnet hatten, in dem diese Maßnahme als grundgesetzwidrig bezeichnet wurde.

Das Hauptargument der widerstrebenden konservativen Richterschaft (die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrati-

Schwarz gegen schwarz heißt die nicht gerade alltägliche Frontstellung eines Justizstreits in Schleswig-Holstein. Justizminister Schwarz (CDU) ist in Streit mit dem Richterverband (CDU-geführt) gekommen. Anlaß des Streits: Der Plan der Landesregierung, das Richterwahlgesetz zu ändern.

schier Juristen hatte bereits die Forderung nach dem Rücktritt des Ministers Schwarz erhoben) soll die „Unabhängigkeit der Justiz“ verteidigen. „Ämterpatronage“ soll verhindert werden, heißt es dazu in einer offiziellen Stellungnahme des Deutschen Richterbundes.

Was diese „unabhängige Justiz“ in Wirklichkeit im Rahmen des westdeutschen Kapitalismus bedeutet, das kann man dieser Tage an zahlreichen Gerichtsurteilen und Verfügungen im Zusammenhang mit dem Streik der Metallarbeiter und Drucker sehen, kann man über all die Jahre an den zahllosen politischen Gesinnungsurteilen, die gefällt wurden, nachvollziehen. Dieser „Grundpfeiler“ bürgerlicher Demokratie ist in der Essenz seines Wirkens bür-

gerliche Klassenjustiz. Beispiele dafür würden Spalten füllen.

Die direkte Übernahme der politischen Kontrolle durch die bürgerlichen Parteien allerdings stellt dazu weder eine fortschrittliche politische Alternative dar, noch einen Vorgang, der gleichgültig lassen kann. Diese Absichten der Regierungspartei in Kiel und Bonn haben verschiedene Ursachen: Nicht zuletzt einzelne Leute, die gegen den Bonner Willen bestimmte Verfahren von Spendenbetrug usw. nicht einstellen. Aber auch die vielfach geforderte Beschleunigung von Verfahren, die ja in einem ganz bestimmten Sinn, nämlich dem Kern nach Schnellverfahren gestellt wird. (Das, obwohl anzumerken ist,

daß das schleswig-holsteinische Richterwahlgesetz im Vergleich zu anderen Ländergesetzen einige Unterschiede aufweist).

Die politischen Alternativen, die Widerstand gegen eine solche Politik mobilisieren müßten, liegen sicher nicht einfach in der „Verteidigung des Bestehenden“, sondern sie liegen auf dem Feld, wo ein größerer Einfluß der Werktätigen auf die Justiz angestrebt wird, eben ihre „Unabhängigkeit“, die in Wirklichkeit nur gegenüber den arbeitenden Menschen besteht, nicht aber gegenüber bürgerlichen Parteien und Großkapital, von dieser Seite aus abgeschafft wird, bzw. solche Tendenzen entwickelt werden. Alternativen, die in die Richtung weisen, wie die Justiz in einen sozialistischen Staat aussehen wird: Basierend auf einem breiten Schöffengericht, mit vom Volk gewählten Richtern.

Zimmermann will lehren lassen

Widerstand gegen Regierungs-Schulbuch

Aus der unsäglichen aber vollen Ideenliste des Herrn Zimmermann kam der Plan, ein regierungsamtliches Schulbuch zur „Auseinandersetzung mit dem Extremismus“ frei Haus zu liefern. Der Widerstand, der daraufhin von verschiedener Seite kam, „habe überrascht“, tat ein Sprecher des Ministeriums nachher verlegen.

Überrascht mag ihn tatsächlich der Widerstand aus Unternehmerkreisen, sprich dem Verband der Schulbuchverlage, haben. Denen geht es verständlicherweise um die Freiheit — ihres Geschäfts.

Eindeutiger da schon die Stellungnahme der Berliner Kultursenatorin Laurien. Das sei ein Akt, der mit Sicherheit eine breite Welle des Protests unter der Westberliner Lehrerschaft hervorrufen würde. Das wolle sie verhindern, denn daraus würde eine möglicherweise erfolgreiche Antipropagandakampagne.

Und in der Tat hat dieser jüngste Coup Zimmermanns auch in den eigenen Reihen eine gewisse Verunsicherung geschaffen. Wenn man erst jahrelang — und keineswegs erfolglos — gegen eine angebliche „Indoktrination“ an den Schulen wettete und sie dann ganz offen selbst betreibt, da fehlt man-

chem Anhänger die Orientierung.

Die Kampagne der CDU/CSU gilt inhaltlich selbstverständlich der Frage, daß die politische Reaktion es nicht haben will, daß fortschrittliche Fragestellungen oder auch überhaupt gewisse Problemkreise an den Schulen auch nur aufs Tapet kommen. Und insofern ist der Plan, ein solches Zimmermanngeprüftes Buch zu machen, nur eine Fortsetzung dieser Linie einer in Wirklichkeit eben reaktionären Indoktrination.

Nur, wenn man sich nicht traut seine eigenen Ziele bekanntzumachen, sondern in der Öffentlichkeit vorwiegend formal argumentiert, dann darf man sich bei eigenem formalen Verstoß nicht wundern, wenn es ein kleiner Bumerang wird.

Ein Ansatzpunkt für den Widerstand gegen die CDU-Schulpolitik ist es allemal geworden, das Zimmermann-Projekt.

P. W. Botha soll am 5. / 6. Juni nach Bonn kommen Proteste gegen Zusammenarbeit mit Apartheid-Regime

Der Ministerpräsident „Südafrikas“ (Azania) kommt Anfang Juni für zwei Tage nach Bonn zu einem offiziellen Regierungsbuch. Dagegen haben in der vergangenen Woche zahlreiche Anti-Apartheid-Gruppen protestiert. Diese Gruppen forderten in einem Brief an Kanzler Kohl die Beendigung der Zusammenarbeit mit dem rassistischen Siedlerregime im Süden Afrikas.

Botha, der auf seiner Reise auch London und Bern besuchen will, stößt dabei überall auf Protest. Vom Gewerkschaftsbund bis zum Kirchenrat reicht in Britannien der Protest gegen den Besuch; der als „eine Beleidigung der farbigen Einwohner unseres Landes“ bezeichnet wurde. Ähnlich breit ist der Protest in der BRD bei weitem nicht.

Bothas Besuch in Bonn kann nur verstanden werden als Abrundung der stark ausgebauten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen seit Kohls Regierungsantritt. So haben sich westdeutsche Kapitalinvestitionen im Jahr 1983 nahezu verdreifacht — und sie waren vorher schon sehr hoch.

Die Apartheidsgruppen forderten die Bundesregierung auf, endlich die UNO-Konvention von 1973 gegen Rassendiskriminierung zu unterzeichnen — eine Forderung, die bereits von der Schmidt/Genscher-Regierung nicht erfüllt worden war.

Der Unterschied in den Be-

ziehungen zu Südafrika besteht lediglich in zwei Dingen, verglichen mit der Zeit der SPD/FDP-Regierung: Es wird noch mehr westdeutsches Kapital investiert, noch mehr Geld aus dem Schweiß der schwarzen Arbeiter gezogen, und auf der politischen Bühne wird offiziell Annäherung betrieben. Daß dabei einer wie Strauß den Vorreiter macht, vermag wenig zu erstaunen.

Die immer intensivere und offenere Zusammenarbeit mit dem verbrecherischen Regime am Kap ist einer der Grundpfeiler bundesdeutscher Außenpolitik. Grundlegend dafür sind die horrenden Profite, die westdeutsche Kapitalisten aus der besonderen Ausbeutung der Schwarzen dort ziehen.

Die Solidarität mit dem schwarzen Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen gehört deshalb zum „Grundverhalten“ für bundesdeutsche Antimperialisten und Demokraten, erst recht für die Kommunisten. Gegen Bothas Besuch ist von daher jeder Widerstand gerechtfertigt.

35 Jahre Grundgesetz

Der 35. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland war wieder mal ein Tag der Hochkonjunktur: Für die Behauptung, es handle sich dabei um die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte und was da alles noch in schöner Regelmäßigkeit an kühnen Thesen verbreitet wird. Im entsprechenden Allparteienchor tat sich selbstverständlich Kanzler Kohl besonders hervor.

Unsere Partei, die KPD hat sich von Beginn an bis heute und auch für künftige Zeiten auf den Standpunkt gestellt, daß es sich beim Grundgesetz um eine typisch kapitalistische Verfassung handelt, auf deren Boden wir nicht stehen können und wollen.

Die aus reformistischen und revisionistischen Kreisen stets erhobene Behauptung, das Grundgesetz sei sozusagen klassenneutral und lasse den Weg für eine sozialistische Gesellschaftsordnung offen, wird auch durch noch so häufige Wiederholung nicht richtiger und widerspricht den Tatsachen.

Kernpunkte des typisch kapitalistischen Inhalts dieser Verfassung sind ökonomisch das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln und politisch die „repräsentative“ Demokratie, sprich die Ausbeutung und die politische Einflußlosigkeit der werktätigen Massen.

Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze vor 16 Jahren wurde realistisch betrachtet auch jene Debatte durch Fakten endgültig beendet, die sich darum drehte, ob auf dem Boden dieses Grundgesetzes auch eine offen-reaktionäre Form der politischen Herrschaft des Kapitals möglich wäre oder nicht. Sie ist möglich, das hat jene Gesetzgebung der damaligen Großen Koalition endgültig festgemacht (und sie wäre auch ohne jene Gesetze möglich, aber das steht hier nicht zur Debatte).

Stets deutlich geblieben ist der revanchistische Charakter des Grundgesetzes, der in dieser Form, gegen einen anderen Staat gerichtet, eine Besonderheit für eine kapitalistische Verfassung darstellt: gemeint ist das sogenannte Wiedervereinigungsgebot.

Bei verschiedenen Widerstandsbewegungen der letzten Jahre ist dabei vor allem der Bestandteil „repräsentative Demokratie“ zunehmend kritisiert worden, wurde verschiedentlich direkter Einfluß der Bevölkerung auf politische Entscheidungen gefordert.

Dabei fällt besonders auf, wie oft in der bürgerlichen Zurückweisung solcher Forderungen die These aufgestellt wird, daß, wenn erst einmal solche Methoden direkter Entscheidungen angewandt würden, es nicht mehr weit sei, bis die Forderung „Alle Macht den Räten“ auftauche.

Nun: Für die Kapitalisten, ihre Anhängsel und ihre politischen Parteien mag dies ein Alptraum sein, für unsere Partei, die dies programmatisch vertritt, ein „Wunschtraum“.

Es ist aber auf jeden Fall ein weiterer Beweis dafür, daß Verfassungsfragen, politische Machtfragen im Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft nie abstrakt auftreten, sondern stets im Zusammenhang mit aktuellen politischen Forderungen. So, wie politische und soziale Revolutionen noch nie unter der Losung „Für die Revolution“ stattfanden, sondern sich stets aus konkreten politischen Forderungen, die aus der Konstellation der Kräfte heraus zur absoluten Machtforderung wurden, entwickelten.

Das hat unsere Partei aus 16 Jahren Kampf gelernt, lernen müssen. Nicht gelernt und nicht lernen wollen hat die KPD in dieser Zeit eine reformistische oder revisionistische Betrachtung des Grundgesetzes dieses Staates. Und das wird sie auch künftig nicht tun. Denn es gibt keinen Grund, hier die Haltung zu verändern.

Für die Trennung von jenen Kräften innerhalb der kommunistischen Bewegung in der BRD, die die DKP organisierten, war diese grundsätzlich unterschiedliche Betrachtungsweise der Verfassung (und daraus sich direkt ableitend des Weges zu einer sozialistischen Gesellschaft) und ihre damit verbundene Aufgabe des Kampfes um die Wiederzulassung der KPD einer der ganz zentralen Punkte, und er ist es noch. Die Illusionsmacherei bezüglich des Grundgesetzes ist Grundzug der DKP-Politik, die Ablehnung des Grundgesetzes Grundzug der KPD-Politik. (Daran würde auch eine Politik der Verteidigung dieses Gesetzes gegen offen faschistische Bestrebungen nichts ändern, denn wie wäre ja darauf gerichtet, die — herzlich wenigen — demokratischen Rechte zu verteidigen).

35 Jahre Grundgesetz jedenfalls, das heißt auch 35 Jahre kapitalistische Klassenherrschaft — wer die Lage gerade heute unvoreingenommen betrachtet, wird das nachvollziehen können.

Helmut Weiss

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postcheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.



In langen Kolonnen zogen die Demonstranten über die Rheinbrücke zum Hofgarten.



Kollegen aus Oberhausen.

Über 200 000 Gewerkschafter waren in Bonn



Solidaritätsbekundungen kamen aus allen DGB-Gewerkschaften, hier die Gewerkschaft Gartenbau - Landwirtschaft und Forsten mit einem schönen Transparent.



Ein Kollege von der IG Druck und Papier mit seiner Kampfpapole.



Über 200 000 waren es am Montag, die in der Bundeshauptstadt zeigten, daß die Unternehmer und mit ihr die Kohl-Regierung sich warm anziehen müssen, wenn sie weiterhin den Arbeiterforderungen nicht nachgeben wollen. Trotz teilweise langer Anfahrten, trotz des beschissenen Wetters waren Metaller, aber auch Drucker und starke Kontingente aller anderen Gewerkschaften nach Bonn zum Protest gekommen. Meistenteils herrschte kämpferische Stimmung, und man hätte erwarten können, daß ein Streikführer wie der Stuttgarter Bezirksleiter Eisenmann gesprochen hätte. Oder ist er dem Frankfurter Hauptvorstand noch zu kämpferisch?

Heiner Geißler zur Demo am Montag: „Die wenigen zehntausend Teilnehmer zeigen, wie isoliert viele Funktionäre sind. Sie waren praktisch unter sich.“



Bonner Skandale aufs Korn genommen — Schluß damit war die Forderung.



Einfallsreich: eine große Gruppe schützte sich mit einer riesigen Plane vor dem „Segen“ von oben.



Aus allen Teilen der Stadt ging's zum Kundgebungsplatz



Viel gelesen bei der Bonner Demo: Die KPD-Streikzeitung mit einer „BLIND“-Ausgabe. 30 000 Stück brachten die Genossen unter die Leute!



Ein Block der IG BE — Bergarbeiter solidarisch gegen die Aussperrung.



Das schlechte Wetter konnte vielen Kollegen aber nicht die gute Laune und die kämpferische Stimmung verderben



Unter starkem Beschuß der Demonstranten: der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke.

AUFRUF

Solidarität mit den „kalt“ Ausgesperrten

Die KPD ruft alle ihre Mitglieder, Freunde, alle Leser dieser Zeitung auf, die „kalt“ ausgesperrten Kollegen zu unterstützen. Spendet für die von der Unternehmerwillkür betroffenen Kolleginnen und Kollegen, denen man die von ihnen selbst eingezahlten Gelder aus der Kasse der Arbeitsämter verweigert. Jede Mark ist ein Schlag gegen die Ziele der Bosse. Überbringt die Spenden den Betriebsräten der „kalt“ ausgesperrten Betriebe oder überweist sie auf das Konto einer breiten Solidaritätsbewegung, die sich jetzt gebildet hat. In ihrem „Aufruf zur Solidarität“ heißt es richtig: „Wir rufen alle freitlich, demokratisch und sozial gesinnten Menschen auf, den Arbeitnehmern und Gewerkschaften politisch und finanziell zur Seite zu stehen.“

Spendet auf das Solidaritätskonto 1000212100 bei der Frankfurter Bank für Gemeinwirtschaft.

ZK der KPD, Dortmund im Mai 1984



Textil-Bekleidung

Warnstreiks Urabstimmung

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Textilunternehmen hat die Gewerkschaft Textil-Bekleidung jetzt zu Warnstreiks und Protestaktionen aufgerufen. Die große Tarifkommission für Nordrhein-Westfalen hat bereits die Urabstimmung verlangt. Die Textilunternehmen wollten nicht einmal eine Vorruhestandsregelung im Rahmen der Gesetzgebung der Bundesregierung zugestehen.

35 — im Groß- und Einzelhandel

Auf einer bundesweiten Hertz-Betriebsrätekonferenz forderte der stellvertretende HBV-Vorsitzende die 35-Stunden-Woche auch für die Beschäftigten im Groß- und Einzelhandelsgewerbe sowie bei Banken und Versicherungen. Er sagte: „Statt der Zahl der Arbeitsplätze muß endlich die Zahl der Arbeitsstunden verringert werden.“ Angekündigt wurden Warnstreiks u. a. auch zur Unterstützung des Kampfes der Metall- und Drucker.

Mach Ernst, Ernst!

„Wenn die Arbeitgeber es herausfordern, schließen wir auch einen bundesweiten Solidaritätsstreik nicht aus.“ Das hat der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf der Bonner Kundgebung erklärt. Nun: der Aussperrungsbeginn in Hessen, die Androhung neuer Aussperrungen in Baden-Württemberg, die neue Welle von „kalten“ Aussperrungen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin zeigen, daß die Unternehmer es herausfordern. Der Zeitpunkt, um von Ernst Breit und dem DGB-Bundesvorstand die Einlösung des Bonner Versprechens zu fordern, ist schon da.

IGM-Bezirksleiter Eisenmann:

Jetzt bei Aussperrung — Betriebe besetzen!

Erster Betrieb in Schwäbisch Gmünd besetzt

Gestern um 13.30 Uhr war es perfekt: im Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurde der erste Betrieb besetzt. „Wir lassen uns nicht Knecht-en“, so reagierte die Belegschaft

der Firma Filter-Knecht in Lorch bei Schwäbisch Gmünd auf die Absicht der Geschäftsleitung, ab Montag (21.5.) 176 Kolleginnen und Kollegen und ab Mittwoch (23.5.) 460 Beschäftigte

„kalt“ auszusperrten.

Am Montag waren die „kalt“ ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen geschlossen in den Betrieb gegangen, um (vergeblich) ihre Arbeitskraft anzubieten. Ge-



Entlassungen, Abmahnungen, Drohungen:

Unternehmer wollen Solidarität unterdrücken

Viele viele Einzelfälle wurden in den letzten Tagen gemeldet, in denen Arbeiter und Angestellte aus verschiedensten Bereichen von den Unternehmern bedroht oder gar gleich entlassen wurden, weil sie mit dem Streik der Metall- und Drucker solidarisch waren. Insbesondere im Gefolge der DGB-Aktionen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurden in dieser Hinsicht eine Reihe von Erpressungsmaßnahmen bekannt, wobei davon ausgegangen werden kann, daß es noch viele gibt, die gar nicht erst an die Öffentlichkeit kamen.

• Bei Siemens in Karlsruhe erhielten alle Lehrlinge, die sich an der Solidaritätsaktion des DGB beteiligten, eine Abmahnung; die Geschäftsleitung verstieg sich sogar dazu, ihnen allen androhen, ihr Ausbildungsverhältnis aufzuheben (also: sie zu entlassen) wenn sie sich „in irgendeiner Form noch einmal an der Tarifaufeinander- setzung beteiligen“. Wenn das nicht blanke Diktatur, absolutes herrisches Verbot ist, was dann?

• Bei Siemens in Witten erhielten die Betriebsratsvorsitzende und ihr Stellvertreter bereits eine Abmahnung wegen eines

Aushangs, mit dem die örtliche Solidaritätsaktion bekanntgemacht wurde. Kurz darauf wurde ihnen per einstweiliger Verfügung untersagt, einen Aushang zur zentralen Demonstration in Bonn zu machen — wobei die Geschäftsleitung einen Spruch noch nicht einmal abwartete, sondern den Aushang, entgegen gesetzlicher Bestimmung, gleich abreißen ließ!

• Im Textilbetrieb Mona in Karlsruhe wurde ein Mitglied des Betriebsrats gleich entlassen, Begründung: Weil er sich an der Solidaritätsdemonstration des DGB beteiligt hatte!

stern (Dienstag) ruhte bereits die gesamte Produktion. Die noch nicht von den Stilllegungsmaßnahmen betroffenen Kolleginnen und Kollegen hatten sich mit den „kalt“ Ausgesperrten solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Kurz vor Schichtwechsel wurde der offizielle Beschluß zur Besetzung gefaßt. Die Besetzung soll auch über Nacht durchgeführt werden, vorerst aber bis Mittwochabend befristet sein, damit erwartete arbeitsgerichtliche Entscheidungen in die Überlegungen über das weitere Vorgehen einbezogen werden können.

Der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, hatte bereits am vergangenen Samstag erklärt: „Wir werden ab sofort bei jeder weiteren Aussperrung unsere Kolleginnen und Kollegen dazu auffordern, in den Betrieben zu bleiben... Wir lassen uns nicht widerstandslos auf die Straße werfen.“ Die Betriebsbesetzung — das ist die wirksamste Waffe gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer.

Die Belegschaft von Filter-Knecht hat den Anfang gemacht.

• Massive Drohungen auch im öffentlichen Dienst der Stadt Stuttgart, wo die dort Beschäftigten mit Briefen auf etwaige Folgen einer Beteiligung an Solidaritätsaktionen „hingewiesen“ wurden — ähnliches berichteten auch Beschäftigte der Stadt Dortmund.

Von irgendwelchen Rechten oder Freiheiten der Beschäftigten ist da nicht einmal mehr entfernt die Rede, da zählt nur noch der diktatorische „Herr-im-Hause“-Standpunkt.

Daß so etwas auch einmal in den großen Debatten über „Demokratie“ zur Sprache käme, wie sie beispielsweise im Bundestag geführt werden, das wagt man nicht zu hoffen.

Weißer Fleck

Die Bremer Zeitung „Kurier am Sonntag“, ein Gemeinschaftsprojekt von „Weser Kurier“ und „Bremer Nachrichten“, erschien am letzten Sonntag mit einem weißen Fleck.

Die Setzer hatten sich geweigert, einen Kommentar zu setzen, in dem den Streikenden, die drei Tage lang das Erscheinen von „Weser Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ verhindert hatten, u. a. die „Ausübung psychischen Drucks“, „Methoden der Unterdrückung und Einschüchterung“ sowie die Beeinträchtigung der Pressefreiheit vorgeworfen worden war, wie die Vertrauenskörperlleitung erklärte.

Nicht nur die Verleger, sondern auch die Bremer Gruppe des Deutschen Journalistenverbandes regte sich furchtbar auf. Von den in der IG Druck organisierten Journalisten hieß es, werde erwartet, daß sie sich „gegen die Bevormundung durch Mitarbeiter der Technik zur Wehr setzen.“

Unsere Meinung: von Journalisten, die in der Drupe organisiert sind, ist vor allem zu erwarten, daß sie nicht gegen die berechtigten Interessen ihrer Gewerkschaftskollegen hetzen.

Streikposten angefahren

Schon wieder wurde ein Streikposten angefahren. Vor dem Verlagshaus Madsack in Hannover („Hannoversche Allgemeine“, „Neue Presse“, „Bild Hannover“) fuhr in der Nacht von Donnerstag auf Freitag der Hausarchitekt der Firma mit Vollgas vom Druckereigebäude aus auf die Kette der Streikposten zu. Ein Streikposten wurde von dem VW-Bus zur Seite gedrückt und stürzte. Die anderen konnten noch rechtzeitig ausweichen.

Zuvor war ein Streikender aus einem Auto heraus von der Fahrerin geohrfeigt worden, weil sie nicht sofort auf das Betriebsgelände fahren konnte.

Nachdem die Drupe ihre Streikposten dann abgezogen hatte, kam es noch zu einem Polizeieinsatz gegen eine Gruppe von ca. 40 Hannoveranern, die die Auslieferung einer Notausgabe verhindern wollten.

„Blüm raus!“

Dieser Sprechchor kam am Montag in Bonn immer wieder auf — gefordert wurde sein Ausschuß aus der IG Metall. Schon am 1. Mai, letztes Jahr in Bonn, dieses Mal in Salzgitter hatte es entsprechende Vorstöße und anschließende Auseinandersetzungen gegeben.

Zu fragen ist: Wer denn, wenn nicht dieser Handlanger der Aussperrung, ist ein Gewerkschaftsfeind? Dabei geht es nicht um politische Überzeugungen, sondern um ganz direkte antigewerkschaftliche Taten dieses Herrn. So entschieden wie wir Kommunisten auf der einen Seite die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fordern, von denen in Wirklichkeit viele linke aktive Gewerkschafter betroffen sind, deren Kritik einigen nicht paßt, genauso entschieden fordern wir mit all jenen, die es in Bonn gerufen haben, Blüms Ausschuß. Denn bei ihm handelt es sich nicht um eine Auseinandersetzung, wie die Gewerkschaft Politik und Interessenvertretung machen soll, sondern um offene, erklärte und praktizierte Feindschaft zur Gewerkschaft.



Die Streikfront steht

Dritte Streikwoche in Nordbaden/Nordwürttemberg, zweite Streikwoche in Hessen. Knapp 60 000 Kolleginnen und Kollegen streiken für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Streikfront, so klein sie auch noch ist, hält dem ungeheuerlichen Druck der Beschimpfung und Verleumdung der bürgerlichen Presse stand, die immer behauptet, die Streikenden

machen den Aufschwung kaputt. Die Streikenden sind auch vielen anderen Schwierigkeiten ausgesetzt: Streikbrecher und viele Unternehmerprovokationen sollen das Kampfmittel Streik stumpf machen. Die Streikfront steht — aber: wären es mehr, ginge es besser! Unser Bild zeigt Opel-Kollegen in Erwartung von Streikbrechern vor dem Werk in Rüsselsheim.

Von Freitagmorgen letzter Woche, dem 5. Streiktag, stammen diese Bilder von Opel/Rüsselsheim. Sie geben einige Eindrücke vom alltäglichen Verlauf wieder, weshalb wir es auch für unsere Leser für interessant halten, sie zu veröffentlichen.



Gasse für Streikbrecher vor Tor 20



Streikbrecher zwingen sich durch



Und sie werden im Bild festgehalten



Viele Kollegen vor dem Haupttor



Brüllt der Löwe?



Widerspiegelung in der Stadt

Bericht über die Personalratswahl bei der Stadt Ludwigshafen

Erfolg für die fortschrittlichen Kollegen

In der „klassischen SPD-Stadt“ Ludwigshafen (trotz Birne hat die SPD die absolute Mehrheit) war die Stadtverwaltung gezwungen, in den letzten vier Jahren die Ebbe im Stadtsäckel auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Bürger zu sanieren. Gezwungen, weil der Großkonzern BASF seine Steuerabgaben in den letzten Jahren beträchtlich senkte. Man zog es vor, im Ausland vermehrt zu investieren, und man hatte Mitte der 70er Jahre der BASF die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen. Jeder, der schon mal durch Ludwigshafen gefahren ist, kennt das Hochstraßensystem unter dem Motto „kreuzungsfrei zur BASF“. Die Folgekosten belasteten ebenfalls das Stadtsäckel. Hatte man Anfang der 70er Jahre noch Stellen geschaffen, ging man Mitte der 70er Jahre dazu über, Stellen auf kaltem Weg (Pensionierungen) abzubauen, mittlerweile sind Streichungen und hier besonders im sozialen Bereich, angesagt.

Wir haben es also mit einer SPD-Verwaltung zu tun, die sich dem BASF-Vorstand anbiedert und seine Politik umsetzen muß. SPD-OB Ludwig, selbst mal im Aufsichtsrat der BASF gewesen, bemüht sich nach Kräften, dies zu leisten, denn

ihm und seinem Stadtvorstand ist klar, daß er nur so an der Macht bleiben kann.

So sehen also die politischen Voraussetzungen für die Personalratsarbeit aus. Der Personalrat setzte sich zum überwiegenden Teil aus SPD-Mitgliedern zusammen, wobei rechte Positionen überwiegen. Eine DKPlerin aus dem sozialen Bereich und, in verschiedenen Fragen (Stellenstreichungen), auch der eine oder andere linke SPDler standen mit den Forderungen und Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten meist al-

gig zu sein scheinen, findet anhand der konkreten Erfahrungen gerade der sozialdemokratisch beeinflussten Kollegen statt.

Bei der Personalratswahl war uns fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen klar, daß Kolleginnen und Kollegen aufgestellt und gewählt werden müssen, die konsequent für die Arbeitszeitverkürzung und zwar Lebens- und Wochenarbeitszeitverkürzung zusammen, eintreten. Nachdem wir es geschafft hatten, nach einigen Auseinandersetzungen mit dem ÖTV-



lein. Die Schwierigkeit für die fortschrittlichen Personalratsmitglieder besteht hauptsächlich darin, die Kollegen mit in den Kampf für ihre Interessen einzubeziehen.

Diese Schwierigkeit zu überwinden, steht als Hauptaufgabe vor uns, denn die Entwicklung des Klassenkampfes und seinen es Kämpfe, die noch so geringfü-

Vorstand und Ortsverwaltung, auf die Liste der ÖTV vier fortschrittliche Kollegen zu platzieren, haben zwei von uns, die auf Platz 17 und 18 der Angestelltenliste standen, sich mit einem Flugblatt den Kolleginnen und Kollegen näher vorgestellt.

Der Ausgang der Wahl muß als Erfolg für die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen

Gekündigte Gewerkschafter bei BMW-Berlin

IGM-Ortsverwaltung unterstützt Wahlanfechtung nicht!

Die breite Welle der Solidarität für die drei fristlos entlassenen Gewerkschafter von BMW hält an. Trotzdem und trotz massiver Unterstützung der drei auf einer Funktionärsversammlung (siehe auch RM 20/84) weigert sich die IG Metall Ortsverwaltung, die Wahlanfechtung der drei zu unterstützen. Man wolle keinen innergewerkschaftlichen Streit gerade jetzt (weil ja der neue Betriebsrat, auch IGM, der Entlassung zugestimmt hatte) war die Begründung für diese Weigerung. Die andere lautete, die drei Kollegen Köbrich, Knirsch und Vollmer würden die Sache „politisch betreiben“.

Wobei letzteres insofern richtig ist, als sie in ihrer Wahlanfechtung die massiven Erpressungsmaßnahmen der Geschäftsleitung, mit der diese für die Wahl eines neuen „konstruktiven“ Betriebsrates kämpfte, in den Mittelpunkt stellen.

Im Gegensatz zur IGM-Ortsverwaltung steht dabei bei weitem nicht nur die Funktionärsversammlung, die die Ortsverwaltung direkt aufgefordert hatte, die Wahlanfechtung zu unterstützen, sondern auch eine wachsende Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären, die sich mit den drei Entlassenen solidarisierten.

In einem Brief von Vertrauensleuten und Gewerkschaftsmitgliedern von BMW an die Ortsverwaltung heißt es zu diesem Verhalten:

„(...) Wir haben gehört, daß die Ortsverwaltung die Wahlanfechtung nicht unterstützen will und bisher auch keinen Rechtsschutz für die Kündigungsschutzklagen der drei gewährt. Das kann doch nicht wahr sein? Dies ist völlig unverständlich nicht für uns, sondern auch für die meisten Kollegen, die wir als Vertrauensleute vertreten.“

Solidarität üben eine ganze Anzahl gewerkschaftlicher Organisationen wie die Teilnehmer der Vertrauensleuteschulung der GEW/Spandau, Vertrauensleute der ÖTV und Mitglieder anderer Gewerkschaften aus der FU Berlin, die ÖTV-Betriebsgruppe der FU, die sich an den neuen Betriebsrat und die Ortsverwaltung richtet, die Vertrauenskörperlleitung der H. Bert-

hold AG, der Betriebsrat der Hugo Reinz GmbH, die GEW-Betriebsgruppe der Otto-Bartning-Schule, und viele andere mehr.

Daraufhin beschloß die Ortsverwaltung immerhin, den drei Kollegen Rechtsschutz zu gewähren.

Die Betriebsgruppe FU der ÖTV unterstreicht in ihrem Schreiben an den neuen Betriebsrat bei BMW:

„Wir befürchten, daß auch sie noch die Erfahrung machen werden, daß man Arbeitsplatzsicherheit und überhaupt Verbesserungen nicht kaufen kann, indem man Kollegen opfert. Bessere Arbeitsbedingungen

können nur durchgesetzt werden, wenn sich alle Arbeitnehmer geschlossen und solidarisch gegen das Vorgehen der Arbeitgeber zur Wehr setzen. Eben diese Solidarität haben Sie leider vermissen lassen und damit unserer Sache geschadet.“

Die Solidaritätsbewegung mit den drei entlassenen Gewerkschaftern Knirsch, Köbrich und Vollmer wächst also an und das ist sehr gut und notwendig. Dabei geht es zum einen selbstverständlich um die Lage bei BMW und die drei Kollegen selbst. Es geht aber auch um die grundsätzliche Frage, daß eine solche massive erpresserische Einmischung der Geschäftsleitung in die Betriebsratswahlen (die in vielen Kleinbetrieben sozusagen zum „täglichen Brot“ gehört) nicht hingenommen werden darf. Betriebsratswahlen sind Wahlen der Belegschaften und keine, in denen sich die Kapitalisten die ihnen passenden Leute aussuchen dürfen. Deshalb rufen auch wir unsere Leser zur Solidarität auf!

Solidarität

In Westberlin hat sich ein „Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter“ gebildet. Kontaktadresse des Komitees: Prof. Dr. Bodo Zeuner, Habelschwerdt Allee 10, 1000 Berlin 33. In dem Aufruf der Komitees zur Solidarität heißt es unter anderem:

Nicht zufällig erfolgt die fristlose Kündigung der drei BMW-Kollegen zu einem Zeitpunkt, da die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in die heiße Phase tritt und Urabstimmung, Streiks und Aussperrungen zu erwarten sind. Die Entlassung von Rainer Knirsch, Peter Vollmer und Hans Köbrich ist Teil des Angriffs der Unternehmer gegen die Position der IG Metall.

Wir bitten um Unterstützung gegen die fristlose Entlassung der drei BMW-Kollegen durch

1. Anfragen und Protestschreiben gegen die Zustimmung des neugewählten Betriebsrats zur Kündigung: Betriebsrat in der BMW AG, Sparte Motorradproduktion, Am Juliusturm 14-38, 1000 Berlin 20, mit Durchschlag an die betroffenen Kollegen (nach Möglichkeit auch von gewerkschaftlichen Organisationen usw.)

2. Solidaritätsschreiben an die betroffenen Kollegen: Rainer Knirsch, Gustav-Müller-Str. 1, 1000 Berlin 62, Peter Vollmer, Steglitzer Damm 8, 1000 Berlin 41, Hans Köbrich, Grüntaler Str. 30, 1000 Berlin 65.

3. Spenden auf das Postscheckkonto Rainer Knirsch, BlnW 230936-106, Kennwort „Solidarität“, um die Kollegen, die ihrer Existenzgrundlage beraubt sind, eine achtwöchige Sperrfrist beim Arbeitsamt haben und ihre Sozialversicherung selbst bezahlen müssen, auch materiell zu unterstützen.

gewertet werden. Der Kollege Karl-Heinz zog mit 293 Stimmen (17,5 Prozent) als siebter, acht wurden gewählt, in den Personalrat ein. Ich, der 1981 als Kommunist in die SPD-Verwaltung kam, (mir wurde damals das Aufstellen von Stellschildern „Nie wieder Faschismus“ und die presserechtliche Verantwortung für ein KJD-Flugblatt gegen Strauß und die Nazis übel genommen) erreichte immerhin 181 Stimmen (11 Prozent), was den 13. Platz bedeutete. Die rechten Personalräte

wurden durch diesen Erfolg, der dadurch noch abgerundet wurde, daß die DKP-Kollegin, die auf Platz 2 der ÖTV-Liste stand, diesen Platz halten konnte —, aus ihrem Dämmer Schlaf herausgerissen.

Die Kolleginnen und Kollegen fanden es richtig, daß wir uns vorgestellt hatten, was durch ihre Stimmabgabe zum Ausdruck kam.

Wie gesagt, wir haben die Weichen gestellt, daß zumindest nicht mehr jede Sauerei ohne das Wissen der Kolleginnen und Kollegen ablaufen kann. Es wird darauf ankommen, ob es gelingt, die Kolleginnen und Kollegen für ihre Interessen zu mobilisieren.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

LAICHINGEN

Internationales Volksfest des Arbeitervereins Laichingen in der Daniel-Schwenkmezger-Halle Samstag den 9. Juni ab 15 Uhr (Spielnachmittag) bzw. 18 Uhr (Abendprogramm) Im Kulturprogramm wirken mit die Rockgruppen „Bagage“ und „Snowgoose“, die Irish-Folk-Gruppe „Avalon“, der türkische Volksänger Ozan Yoldas und die türkische Folkloregruppe „E-5“ Information, Unterhaltung, Geselligkeit und Spezialitäten werden geboten. Zum Thema „Gegen Ausländerfeindlichkeit“ spricht Ellen Thielen vom Bundesvorstand der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Zum Thema „Für den Frieden“ spricht Wolf Schöler.

HANNOVER

Diskussionsveranstaltung der KPD Hannover „Arbeitslos aber nicht wehrlos“ (Mit Ernst Aust und Mitgliedern von Arbeitsloseninitiativen) Freitag, 22. Juni, 19.30 Uhr Gaststätte „Weiße Grotte“, Fundstraße

EINLADUNG — FRAUENKONFERENZ

Nach der ersten zentralen Frauenkonferenz finden noch regionale Konferenzen statt. Dazu sind alle Genossinnen, Frauen von Genossen und interessierte Frauen herzlich eingeladen. Hauptthema: „Probleme der Frauen in der KPD“. Wir berichten aber auch über die Frauenkonferenz und diskutieren aktuelle Fragen.

NORD

NORD (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen) Samstag, 23.6.1984, 11.00 Uhr, Gaststätte Sorbas, Jarrestr. 27 Hamburg (vom Hauptbahnhof U-Bahn Linie 3 bis Saarlandstraße)

MITTE

MITTE (NRW, Rheinland, Hessen) Samstag, 30.6.1984, 11.00 Uhr, Büro Dortmund, Wellinghofer Str. 103 Dortmund

SÜD

SÜD (Ba-Wü, Saarland, Pfalz, Bayern) Samstag, 30.6.1984, 11.00 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben (wahrscheinlich Stuttgart)

BERLIN

BERLIN Termin noch offen

Natürlich könnt ihr auch zu einem anderen Termin kommen, wenn ihr den für euren Bereich festgelegten nicht wahrnehmen könnt.

Wie stehen wir als Kommunisten zur derzeitigen Arbeitslosenbewegung, einer Bewegung, die bundesweit aus mehr als 500 Arbeitsloseninitiativen besteht? Kaum noch ein größerer Ort, in dem es nicht Einrichtungen für Arbeitslose oder von Arbeitslosen gibt. Eine eindrucksvolle Zahl, eine positive Entwicklung wenn man berücksichtigt, daß es im Jahre 1982 erst ca. 30 Arbeitsloseninitiativen gab. Dennoch, und auch darüber muß man sich im Klaren sein, sind es erst etwa ein Prozent der arbeitslos Gemeldeten, die sich bisher in Initiativen und Gruppen organisiert haben. Hinzu kommen die unterschiedliche Zielsetzung dieser Initiativen und ihre Zersplitterung, so daß von einer einheitlichen Arbeitslosenbewegung derzeit nicht die Rede sein kann.

Noch ist es so, daß die Mehrzahl dieser Initiativen sich als Selbsthilfegruppen, als erste Versuche gemeinschaftlichen Handelns verstehen, daß die Zahl derjenigen Initiativen, die sich konsequent an den Positionen der Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung orientieren, wesentlich kleiner ist, was nicht heißen soll, daß gewerkschaftsfeindliche Kräfte die Mehrzahl bilden. Sie sind eine kleine Minderheit innerhalb der Arbeitslosenbewegung. Auch sollte man die Tätigkeit der Selbsthilfegruppen, ihr Bemühen durch genossenschaftliche Zusammenarbeit die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder ihre Folgen zu mildern —, auch wenn dies im Kapitalismus unausführliche Versuche sind —, nicht unterschätzen oder gar als „Selbsthilfeklamotten“ diffamieren.

Dennoch, Tatsache bleibt: Die Arbeitslosenbewegung ist in zahlreiche Einzelinitiativen zersplittert zu einem einheitlichen, geschlossenen Handeln derzeit kaum in der Lage. Eine Tatsache, die inzwischen auch von nicht wenigen Initiativen erkannt wird, denen es einfach nicht reicht, „daß unser zukünftiges Handeln sich im gemeinsamen Teetrinken und Warten in den Initiativen erschöpft, bis jemand die Theorie, sprich Handlungsanweisung, vorbeibringt“ (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg).

Tätigkeiten, z.B. Reparaturarbeiten und kleinere Auftragsarbeiten im Metall-, Kfz- und Holzbereich, gegenseitige Hilfen beim Umgang mit Behörden, Anfertigung von Bewerbungen, bei der Bewältigung persönlicher Probleme, Veranstaltungen, Informationstage zum Thema Arbeitslosigkeit, wie auch Aktionen im Kampf um Fahrgeldermäßigung, Nulltarif, die Einführung eines Erwerbslosenpasses usw. —, so wichtig und notwendig sie allesamt sind —, vermögen auf die Dauer nicht zu befriedigen. Letztendlich ist doch die Kardinalfrage aller Arbeitslosen: wie komme ich wieder in Arbeit? Das heißt, wie können wir den notwendigen politischen Druck auf die Bonner Wende-Regierung ausüben, der Forderung „Arbeit für alle“ entgegenzukommen? Das kann nur eine einheitlich handelnde, geschlossene, breite Arbeitslosenbewegung mit einem klaren Kampfprogramm, für dessen Durchsetzung man mit allen gegebenen Mitteln kämpft.

Wer aber soll solche eine Bewegung organisieren? Die Partei? So abwegig wie mancher meinen mag, wäre das nicht, hat doch z.B. die Partei vor 1933 beim Aufbau einer Erwerbslosenbewegung eine gute Arbeit geleistet, was ihr — nicht ganz zu Unrecht — den Ruf eintrug, eine Arbeitslosenpartei zu sein. Ihr Fehler, ihre Schwäche war es, daß die infolge einer falsch

Arbeitslose, ein revolutionärer Faktor?

In den ersten drei Teilen dieser Artikelreihe über Arbeitslosigkeit und Arbeitslose hat sich der Autor vor allem mit der objektiven Lage und Entwicklung in diesem Bereich befaßt. Im heutigen vierten und dem

angelegten RGO-Politik, nicht mehr oder nur in sehr ungenügendem Maße in den Gewerkschaften, im ADGB, in den Großbetrieben verankert war, wobei natürlich der frühzeitige Rausschmiß gerade der fortschrittlichsten, der kommunistischen Kollegen aus den Betrieben eine Rolle spielte. Dennoch ein Fehler mit schwerwiegenden Folgen, denn der Kampf um die Macht in unserem Lande wird vorrangig in den industriellen Großbetrieben mit einer kampfbereiten Arbeiterschaft entschieden. Oder können die Arbeitslosen —, so viele es auch sein mögen —, etwa einen Generalstreik zur Verhinderung des Faschismus, zum Sturz der Regierung ausrufen und führen?

Nein, wenn wir derzeit nicht die Lösung ausgeben, Arbeitslosenausschüsse bzw. -initiativen durch die Partei selbst zu organisieren und zu einer einheitlichen Bewegung zusammenzufassen, sondern unseren arbeitslosen Parteimitgliedern empfehlen, wie es in der Resolution der Partei zur Massenarbeitslosigkeit heißt, sich „in einer gewerkschaftlichen bzw. der Gewerkschaft nahestehenden oder auch einer anderen Arbeitsloseninitiative (autonome, christliche)“ zu „organisieren, um dort kommunistische Arbeit zu leisten“, so nicht, weil das erste grundsätzlich falsch wäre, sondern weil die Partei derzeit aufgrund ihrer Mitgliederstärke bzw. der Zahl ihrer arbeitslosen Genosseninnen und Genossen rein kräftemäßig dazu nicht in der Lage ist.

Wer aber soll dann die notwendige Aufgabe der Zusammenfassung, der Organisation der Arbeitslosenbewegung übernehmen? Die Kirche, die DKP, die Autonomen? Die Kirche wird es nicht tun. Sie sieht ihre Aufgabe eher im karitativen Bereich. Außerdem wäre eine solche Bewegung eher auf den lieben Gott, als auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Beseitigung ihrer Ursachen ausgerichtet. Obwohl, und auch das sollte nicht verschwiegen werden, es durchaus christliche Initiativen gibt, die in ihren Seminaren als Ursache der Arbeitslosigkeit den Kapitalismus benennen und ihre Kirchenmitglieder empfehlen: „sie sollten sich mehr an Jesus als an der CDU orientieren und deswegen als Ankläger und nicht als Verteidiger dieses Systems auftreten.“

Die DKP? Nun, sie läßt nichts unversucht, um in der Arbeitslosenbewegung, wie schon in der Friedensbewegung — nicht ohne Erfolg — Fuß zu fassen. Im Gegensatz zu uns, stehen ihr für diese Arbeit, die sie offensichtlich mit als einen ihrer Schwerpunkte betrachtet, große finanzielle, aus der DDR stammende Mittel zur Verfügung, was sich in der Zahl der für diese Tätigkeit freigestellten Funktionäre und herausgegebenen Propagandamaterialien ausdrückt. Man sollte ihren Einfluß nicht unterschätzen, zumal sie in ihrer Agit-Prop nicht müde wird, auf die Arbeitslosigkeit als einer „Lebenserscheinung“ des Kapitalismus hinzu-

weisen, sie wissenschaftlich zu erklären und als leuchtendes Beispiel den „realen Sozialismus“ der DDR zu propagieren, in der jeder Bürger das Recht auf einen Arbeitsplatz hat und in der es (angeblich) keine Arbeitslosen gibt. Dennoch, trotz nicht zu unterschätzender teilweiser Erfolge und wachsenden Einflusses, wird sie infolge des auf die westdeutsche Arbeiterklasse insgesamt abschreckenden wirkenden Beispiels des „realen Sozialismus“ nicht in der Lage sein, Erfolge, wie sie unsere Partei vor 1933 in der Erwerbslosenbewegung erzielte, zu wiederholen.

abschließend fünften Teil wird es vor allem darum gehen, die Politik, die da zu machen ist, zur Debatte zu stellen, sich mit dem konkreten Stand der Bewegung zu befassen.

wie die des Kollegen Beez zum Ausdruck kommt: „Wenn wir aber den Anspruch erheben (...), die Gewerkschaften sprechen für die Arbeitnehmer der Bundesrepublik, können wir nicht unterscheiden zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen.“

Genauso recht hat aber auch der Kollege Wink, wenn er sagt: „Die Geschichte hat doch gezeigt, daß gerade in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht der Weg zu den Gewerkschaften gefunden wurde, sondern daß genau diese Kolleginnen und Kollegen nach rechts abgerückt sind“. Auch wenn man dies so allge-

die die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiter und Angestellten betrachten, hält seine Mitgliedschaft aufrecht.

Das ist die Lage. Natürlich kann eine solche Entwicklung die Gewerkschaften nicht gleichgültig lassen und tut es auch nicht. Doch so wie auf dem IGM-Metall-Gewerkschaftstag die Haltung der einzelnen Kollegen, ist auch die Haltung der einzelnen Gewerkschaften gegenüber den Arbeitslosen recht unterschiedlich. Sicher, alle betonen ihr Interesse an den Arbeitslosen, die Notwendigkeit, ihnen



Die Autonomen? So aktiv, so revolutionär manche ihrer Gruppen auch sind, um die Arbeitslosen, ja selbst ihre eigenen Initiativen in einer Bewegung zusammenzufassen, müßten sie über ihren eigenen Schatten, den der so hoch gehaltenen Autonomie, d.h. Selbständigkeit der eigenen Gruppe springen. Was bleibt, was sich direkt anbietet, die Arbeitslosen zu einer einheitlichen schlagkräftigen Bewegung zu organisieren, sind die Gewerkschaften, ist der DGB, mit seinen rund acht Millionen Mitgliedern die größte Organisation der westdeutschen Arbeiterklasse. Schon, wie es in der Resolution der Partei zur Massenarbeitslosigkeit heißt, um sich dafür einzusetzen, „daß die entlassenen Kolleginnen und Kollegen dem gewerkschaftlichen Kampf nicht verloren gehen.“

Wir haben die nebenstehende Diskussion auf dem IGM-Metall-Gewerkschaftstag so ausführlich gebracht, um zu zeigen, wie die Meinung bezüglich der Arbeitslosen, bzw. der Aufnahme von Arbeitslosen in die IGM, der größten Einzelgewerkschaft der BRD ist. Überwiegend, aus den verschiedensten Gründen, ablehnend. Wobei man nicht sagen kann, daß die Kollegen sich der Bedeutung der Arbeitslosenfrage nicht bewußt wären, was z.B. in Sätzen

mein nicht sagen kann, denn nicht wenige rückten auch nach links ab. Das Problem ist doch nicht das, daß mit wachsender Arbeitslosigkeit seitens der Arbeitslosen ein Massenrun auf die Gewerkschaften einsetzte. Das Gegenteil ist der Fall. Auch wenn es hier und da infolge anstehender Entlassungen Eintritte in die Gewerkschaften gibt, ist die Realität doch leider so, daß ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen mit beginnender Arbeitslosigkeit auch die Gewerkschaften verläßt.

Der Grund ist: Weil sie nicht wie der Kollege Müller aus Darmstadt in den Gewerkschaften „eine Kampf- und Schutzorganisation“, eben eine Kampforganisation der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten sehen, sondern eher eine Art Rechtsschutz- und Versicherungsverein, der auch die Tarife mit den Unternehmern aushandelt. — Wie weit die Gewerkschaften daran selbst Schuld sind, an dieser Haltung der Kolleginnen und Kollegen, steht auf einem anderen Blatt. — Und wie man aus dem ADAC austritt, wenn man sei Auto abmeldet, so treten sie aus den Gewerkschaften aus, wenn sie arbeitslos werden. Sie fühlen sich einfach in ihren jetzt anderen Interessen und Problemen nicht mehr durch die Gewerkschaften vertreten. Nur der bewußteste Teil, eben jene,

zu helfen. Doch wie geschieht das?

Da gab es wie auf dem IGM-Gewerkschaftstag schon auf dem letzten DGB-Kongreß einen Initiativ-Antrag, Arbeitslose in die Gewerkschaften zu integrieren, d.h. aufzunehmen. Er wurde abgelehnt. Da gab es einen Beschluß, Arbeitslosen-Gruppen auf Kreisebene einzurichten, doch wurde dieser Beschluß bisher recht unterschiedlich gehandhabt. Da gibt es einerseits das Bestreben, Arbeitslose in die Gewerkschaften zu integrieren, sich für ihre Forderungen einzusetzen, Arbeitslosengruppen einzurichten, Arbeitslosentreffen zu initiieren, Einzelgewerkschaften wie die GEW, die IG Druck und Papier nehmen auch Arbeitslose als Mitglieder auf, andererseits halten sich rechte Gewerkschaftsführer in Unterstützung der Forderungen der Arbeitslosen und ihrer Organisation bewußt zurück, oder lösen ganz einfach eine seit vier Jahren bestehende Arbeitsloseninitiative wie im bayrischen Rosenheim auf (es war die erste des DGB), mit der Begründung des DGB-Kreisvorsitzenden Hans Hahn: „Vielleicht können das die Kirchen oder andere karitative Einrichtungen besser als wir.“

Doch es sind nicht nur die rechten, die ein gestörtes Verhältnis zu den Problemen der

Arbeitslosen haben, sondern auch die sogenannten linken wie z.B. der Kollege Franz Steinkühler, zweiter Vorsitzender der IG Metall. In einem Artikel unter der Überschrift „Wider die Idee mit Arbeitslosen gegen Arbeitgeber zu kämpfen“ (FR vom 16.3.84) schreibt er u.a. dazu:

„Und ein letztes Wort zu den Arbeitsloseninitiativen. Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern insgesamt bemühen wir uns seit vier Jahren Arbeitsloseninitiativen zu gründen... nicht aus humanitären Gründen, sondern aus politischen Gründen. Und zwar deshalb, weil ich die Gefahr sehe, daß der Zeitpunkt nicht mehr weit weg ist, wo diese Arbeitsloseninitiativen bundesweit instrumentalisiert werden gegen die Gewerkschaften. Das haben wir vor '33 hier auch schon gehabt. Der Diskussionsstand in den Gewerkschaften ist heute noch Arbeitsloseninitiativen selbst zu gründen...“

Soweit, sogut, kann man sagen, auch wenn das mit der Gründung von Initiativen nicht überall so klappt, der gute Wille ist da und mancherorts, vor allem in den größeren Städten klappt es schon recht gut. Und richtig ist auch, daß es die Gefahr gibt, daß es Versuche gibt, die Arbeitslosen, die Arbeitsloseninitiativen (nicht die der Gewerkschaft) von Seiten der Reaktion gegen die Gewerkschaften zu instrumentalisieren. Und zwar unter dem Motto: Die Gewerkschaften kümmern sich zu sehr um die noch in Arbeit stehenden. Sie fördern deren „Besitzdenken“, indem sie z.B. für die Einführung der 35-Stunden-Woche den vollen Lohnausgleich forderten. Ihre Lohnpolitik fördere die Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter sollten zugunsten der Arbeitslosen lieber auf einen Teil ihres Lohnes verzichten, die Lohnkosten der Unternehmer senken, dann könnten die auch mehr Arbeitslose einstellen usw.

Diese ganze Argumentation dient dazu, eine Kluft zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen „Arbeitsplatzbesitzern und Nichtbesitzern“, wie die Bourgeoisie sagt, zu schaffen. Sie dient der Spaltung der Arbeiterklasse. Die Arbeitslosen sollen ihre Feinde nicht in die Kapitalisten sehen, die sie rücksichtslos auf die Straße werfen, sondern in den Kolleginnen und Kollegen, die noch Arbeit haben. Wir kämpfen doch nicht für Lohnabbau in den Betrieben, der den Arbeitslosen sowie so nichts, den Unternehmern dafür aber umso mehr nützt, sondern darum, daß die Unternehmer ihre durch Rationalisierung und die Einführung neuer Techniken erzielten Extraprofite dazu nutzen, die Wochenarbeitszeit zu senken, um dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Was sie freiwillig natürlich nie tun werden.

Also, wir sehen die vom Kollegen Steinkühler angedeutete Gefahr. Doch warum sagt er: „Der Diskussionsstand in den Gewerkschaften ist heute noch Arbeitsloseninitiativen selbst zu gründen.“ Warum noch? Soll es nicht dabei bleiben? Ist der Kollege Steinkühler für die Aufnahme der Arbeitslosen direkt in die Gewerkschaften? Offenbar nicht. Denn er fährt fort: „Ich würde darüber hinausgehen und sagen, daß die Strukturen der Gewerkschaften nicht geeignet sind, adäquate Aktionsplattformen für Arbeitsloseninitiativen zu bilden. Da gibt es dazu geeignetere Organisationen. Ich würde nicht die Kirchen dafür vorsehen, sondern die Arbeiterwohlfaht, um ein Beispiel zu nennen.“

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Ernst Aust

Dokumente aus der Gewerkschaftsdiskussion

Im folgenden veröffentlichen wir aus den Protokollen des IGM-Gewerkschaftstages im letzten Jahr eine Reihe von Beiträgen, die dokumentieren sollen, wie der Stand der gewerkschaftlichen Debatte in der „Arbeitslosenfrage“ ist. Die Beiträge sind vom Autor gekürzt und ausgewählt.

Günter Otto, Sprecher der Satzungsberatungskommission:

„... Die Anträge 330 bis 351 beschäftigen sich inhaltlich mit der Frage, ob und unter welchen Bedingungen arbeitslose Personen in der IG Metall aufgenommen werden sollen. Das Antragsbegehren geht bis zur Forderung, alle Arbeitslosen in die IG Metall aufzunehmen. Die Satzungsberatungskommission hat sich besonders auf Grund von 22 Anträgen eingehend mit dem Komplex beschäftigt. Das Beratungsergebnis kann in zwei Punkten festgehalten werden.

1. Arbeitslose, die vor ihrer Arbeitslosigkeit in einem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis gestanden und während dieser Zeit keine Mitgliedschaft innerhalb einer DGB-Gewerkschaft begründet haben, können bei Eintritt der Arbeitslosigkeit nicht in die IG Metall aufgenommen werden.

2. Jugendliche — jetzt kommt das Kriterium — die bisher weder in einem Ausbildungsverhältnis noch in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, sollen in die gewerkschaftliche Arbeit einbezogen werden mit der Maßgabe, daß eine sogenannte Anwartschaft entsteht, die später zur Begründung einer Mitgliedschaft führt und dann voll angerechnet wird.

Die Kommission vertritt die Auffassung, daß es weder den Funktionen noch den Mitgliedern der IG Metall zugemutet werden kann, Arbeitslose aufzunehmen, die während ihrer Ausbildungs- oder Beschäftigungszeit nicht die Notwendigkeit erkannt haben, Mitglied einer DGB-Gewerkschaft zu werden. (Beifall) Es stellt sich zunächst die Frage, ob die IG Metall im klassischen Sinne dann noch eine Gewerkschaft ist, wenn sie Personen aufnimmt, die weder in einem Ausbildungsverhältnis noch in einem Arbeitsverhältnis stehen. Nach dem historisch gewachsenen Meinungsbild und den in Rechtslehre und Rechtsprechung anerkannten Grundsätzen können Mitglieder einer Gewerkschaft nur solche Personen werden, die in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehen.

Dieser Auffassung steht nicht entgegen, daß Personen, die aus einer Beschäftigung ausscheiden und arbeitslos werden, auch weiterhin Mitglied dieser Gewerkschaft sein können. Das ist in der Satzung heute schon festgeschrieben...

Das Anliegen im Antrag 331 der Verwaltungsstelle Ludwigsburg, arbeitslosen Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, an die gewerkschaftliche Arbeit herangeführt und in sie eingebunden zu werden, war Anlaß, dem Gewerkschaftstag in Paragraph 3 der Satzung eine neue Ziffer 2, deren Wortlaut ihr kennt, aufzunehmen. Es ist aus diesem Text ersichtlich, daß solche arbeitslosen Jugendlichen im Sinne einer Mitgliedsanwartschaft an die gewerkschaftliche Arbeit der Verwaltungsstelle eingebunden werden können und sollen. Auch in solchen Fällen kann eine Mitgliedschaft erst bei Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung im Organisationsbereich der IG Metall entstehen. Ich betone, eine echte Mitgliedschaft...

Nachdem der Kollege Günter Otto noch die angeblichen Folgen einer Satzungsänderung bezüglich der Aufnahme von Arbeitslosen genannt hatte: „1. Wir können das Recht auf Steuerbefreiung gemäß Paragraph 5 des Körperschaftsteuergesetzes verlieren. 2. Wir könnten das Recht auf Rechtsberatungsbefugnis auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes verlieren. 3. Wir könnten das Recht auf Abschluß von Gruppenversicherungen (...) verlieren“, und feststellte: „Alle diese Gründe haben die Kommission veranlaßt, dem Gewerkschaftstag zu empfehlen, die Aufnahme von Arbeitslosen, aus welchen Überlegungen sie auch immer gewünscht werden, abzulehnen“, begann die Diskussion:

Theo Beetz, Offenbach:

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich spreche zu dem Antrag 336. Er ist ebenfalls mit aufgerufen. Wir haben die Ausführungen der Beratungscommission gehört. Ich habe auch Verständnis für alle, die Beifall klatschten bei der Feststellung: die hatten ja vorher Zeit in die IG Metall zu gehen. Ich weiß nicht,

ob wir uns das nicht ein bißchen zu einfach machen. Wir haben in der Verwaltungsstelle keine Probleme, wenn wir Arbeitslose in die IG Metall aufnehmen wollen. Die Möglichkeit haben wir alle. Das wird sicher noch ein Argument sein.



Wir haben aber auch eine ganze Reihe von Kollegen, die in Betrieben arbeiten, in denen wir als IG Metall gar nicht vertreten sind. Vergleich mal, wieviel betriebsratsfähige Betriebe und wieviel Betriebsräte wir haben. Vor allem wer aus dem Bereich des Handwerks kommt und die dortige Situation kennt, muß das mit einbeziehen.

Ihr kommt weitgehend nicht aus diesen Bereichen. Das zur Vorbereitung zu denen, die die IG Metall erst finden, wenn sie arbeitslos sind. Wenn wir aber den Anspruch erheben, wir machen für alle Arbeitnehmer Interessenvertretung, die Gewerkschaften sprechen für die Arbeitnehmer der Bundesrepublik, können wir nicht unterscheiden zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen...

Wir schreiben Arbeitszeit verkürzen — Arbeitsplätze schaffen. Letzteres sollte ja mal heißen, Arbeitsplätze sichern. Ich halte auch für richtig, was Hans Mayr dazu ausgeführt hat. „Wir müssen Arbeitsplätze schaffen“, weil wir den Anspruch erheben, auch für die Arbeitslosen zu sprechen, auch für sie einen Arbeitsplatz zu schaffen. Deswegen wurde aus „Arbeitsplatz sichern“ ein „Arbeitsplatz schaffen“. Wenn das richtig ist, müssen wir als Gewerkschaften für die eine Möglichkeit schaffen, die in unserem Bereich waren und wieder in unseren Bereich wollen...

Norbert Groos, Frankfurt:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich die Diskussion in den letzten drei Jahren verfolge, habe ich manchmal den Eindruck, wir als Metaller haben Angst vor den Arbeitslosen. Zuerst hieß es, es geht gar nichts, nicht einmal die Umschüler dürfen rein. Nach einer gewissen Zeit kam ein Umdenken. Jetzt sagt man: Ja, die Umschüler, die im Berufsfeld Metall arbeiten, dürfen eintreten. Nach einer noch weiter geführten Diskussion sind wir jetzt auf dem Stand, daß Jugendliche, die noch nicht die Möglichkeit hatten, inzwischen so eine Art Mitglied werden dürfen. Ich finde, daß wir doch nicht aus Angst vor den Arbeitslosen zwei Sorten von Mitgliedern schaffen dürfen.“

Im Antrag steht wörtlich, es darf zu keiner Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen kommen. Aber was machen wir? Wir tun genau dieses, wenn wir sagen, wer Arbeit hat, der ist ein anständigeres Mitglied, und wer keine Arbeit hat, der ist, ich will nicht sagen ein unanständiges, aber jedenfalls nur ein halbes Mitglied. (Beifall)

Deshalb finde ich, daß der Änderungsantrag eigentlich dem An-

tragsbegehren von 331 entgegensteht, weil wir damit gerade nicht eine Einheit von Arbeitenden und Arbeitslosen schaffen, sondern wieder eine Spaltung einführen. Vor allem jene, die bisher keine Möglichkeit hatten, einzutreten, müssen Vollmitglieder werden können. Bei älteren Kollegen kann ich das manchmal verstehen. Ich war selbst im Betrieb und weiß, wie das ist, wenn man einen in der Abteilung hat, der einen ewig in den Arsch tritt. Wird er dann arbeitslos und

nehmen, sind für mich zwei Paar Schuhe. (Beifall) Die Verwaltungsstellen sind in der Lage und auch jederzeit bereit — sie haben das in der Vergangenheit ausreichend bewiesen —, in Not gekommenen Kollegen zu helfen, soweit es unsere Satzung zuläßt. Die Mitgliedschaftsfrage ist klar geregelt. Was macht aber jetzt der Vorstand? Er bringt eine neue Art der Mitgliedschaft, die Anwartschaft, in die Diskussion, die uns in den Verwaltungsstellen riesige Probleme be-

kommt in Schwierigkeiten, will er schnell rein in die Gewerkschaft.

Aber das ist bestimmt eine kleine Minderheit. Wer meint, wenn wir heute die Gewerkschaften für Arbeitslose öffnen, dann hätten wir morgen 2,5 Millionen Mitglieder mehr, der wird sich täuschen. Denn, wie sieht denn die Realität aus? Es sind doch nur einzelne, die gesagt haben, sie wollten eintreten. Vielleicht haben sie sich mit dem Gedanken mehr beschäftigen können, weil sie zwangsläufig mehr Zeit hatten. (...) Die Kollegen, die so politisch aktiv sind und manchem vielleicht unbequem werden, die wissen auch, wie man ohne Satzungsänderung reinkommt. Denn wer will denn das kontrollieren, wenn einer eine Anmeldung abgibt mit einem Eintrittsformular, worauf steht, er arbeitet im Betrieb XY, wohin man gar keine Kontakte hat. Der wird doch aufgenommen, und kein Mensch fragt danach. Nur der Ehrliche, der Jüngere, der nicht so pfiffig ist, aber zur Gewerkschaftsjugend will, dem sagen wir: Weil Du nicht so pfiffig bist, Du bleibst ganz draußen oder wirst nur ein Mitglied zweiter Klasse. Außerdem finde ich es ein Unding, Mitglieder zu schaffen, die nicht mitbestimmen dürfen und die nicht mitreden dürfen. Sie dürfen zwar die Arbeit mitmachen, das erlaubt man ihnen noch, aber wenn es darum geht, etwas zu sagen, dann meinen wir: Wir wollen von Euch nichts wissen...

Rudolf Müller, Darmstadt:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Tagen mit großem Engagement die Diskussion über die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen und unsere Möglichkeiten diskutiert, was wir dagegen tun könnten. Wenn ich aber die Diskussion von heute vormittag und auch die Unruhe hier im Saale verfolge, bin ich enttäuscht. (Beifall) Wir tun hier so, als würde die Problematik der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Aufnahme in die IG Metall eine rein fiskalische Angelegenheit sein. Ich meine, die Diskussion über die Mitgliedschaft ist eine politische Entscheidung und deshalb muß sie auch politisch diskutiert werden. (...) Unsere Organisation ist eine Kampf- und Schutzorganisation. Die Chance, Mitglied werden zu können, müssen auch unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen haben. Ich bitte, daß der Antrag Nr. 336 ohne Einschränkung von diesem Kongreß angenommen wird.“

Rolf Schmidt, Siegburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Arbeitslosen helfen und Arbeitslose in die Organisation auf-

nehmen wird. Wie sieht das denn mit den Sitzungsgeldern aus bei Teilnahme an Schulungen und Sitzungen. Dann kommen doch die Kollegen, die immer ihren Beitrag bezahlt haben und fragen, wieso wird unser Geld dafür ausgegeben...



Günter Perschke, Bochum:

„... Ein Kollege, der während seiner Beschäftigungszeit die Chance hatte und den Weg in die IG Metall nicht gefunden hat, der braucht diesen Weg als Arbeitsloser auch nicht zu finden. (...) Ein arbeitsloser in der Gewerkschaft aufzunehmen, der arbeitslos geworden ist, aber vorher die Gelegenheit nicht wahrgenommen hat, halte ich für unsinnig...“

Hans Hermann Wolter, Bremerhaven:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin Betriebsratsvorsitzender in einer kleinen Werft in Cuxhaven und nicht freigestellt. Wenn ich höre, daß man sich hier Sorgen macht, Arbeitslose in die Organisa-

tion aufzunehmen, dann muß ich feststellen: Ich habe immer noch das Problem, die letzten Kollegen, die im Betrieb arbeiten, zu organisieren. Das macht sehr viel Mühe und Ärger, und wir haben es immer noch nicht geschafft. Hinzufügen möchte ich noch, daß Kollegen, die leider unseren Betrieb verlassen mußten — von 237 Leuten mußten 65 nach Hause gehen — bei mir gewesen sind und aus der Organisation ausgetreten sind.“

Norbert Fischer, Hauptkassierer:

„Kolleginnen und Kollegen, damit Klarheit herrscht über das, was hier letztlich entschieden wird, möchte ich an den Gewerkschaftstag noch einige Bemerkungen richten. Es geht in dieser Frage nicht allein um eine politische Entscheidung. Es geht darum, ob wir nach historisch gewachsenem und nach geltendem Recht dann noch eine Gewerkschaft sind, wenn wir Personen aufnehmen, die weder in einem Arbeitsverhältnis noch in einem Ausbildungsverhältnis stehen.“

Diese Entscheidung, Kolleginnen und Kollegen, trifft in ihrer Wirkung dann nicht nur auf die IG Metall zu, sie trifft auch auf alle übrigen Gewerkschaften des DGB zu. Dazu muß ich Euch einfach sagen: Wenn man eine solche Öffnung machen würde, dann müßten wir 50 Prozent unserer Beiträge und unseres Kapitals als Steuern beim Finanzamt abliefern. Wir würden das Recht der Steuerfreiheit mit allen Konsequenzen verlieren. Ich weiß nicht, ob wir so etwas verantworten können, nur weil wir aus politischen Überlegungen da und dort die Möglichkeit schaffen wollen, einem Arbeitslosen oder einem, der noch nicht arbeiten konnte, den Zugang zur Organisation zu schaffen...

Lassen wir die Hände davon. Wir können den jungen Menschen, die aus der Schule kommen und sich gewerkschaftlich betätigen wollen, eine gewerkschaftliche Betätigung schaffen, wie es hier formuliert worden ist. Ansonsten sollten wir am Grundprinzip festhalten, daß Mitglied nur werden kann, wer in einem Arbeitsverhältnis oder Ausbildungsverhältnis im Rahmen unseres Organisationsbereiches steht. (Beifall)

Gerhard Wink, Darmstadt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Norbert Fischer hat gesagt, daß das für ihn kein politisches Instrument ist. Wir haben 2,5 Millionen Arbeitslose. Wir stehen vor der schwersten Auseinandersetzung der Nachkriegszeit, und jetzt diskutieren wir über die Arbeitslosen in einer Art und Weise, daß es mir kalt über den Rücken läuft. (Widerspruch, Unruhe) Ich

Herbert Hader, Lübeck:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich diese Diskussion höre, dann frage ich mich, ob ich Bevollmächtigter eines Interessenverbandes bin oder Bevollmächtigter eines Sammelsuriumklubs. (Unruhe) Ich will Euch einmal eines sagen, Kolleginnen und Kollegen, 1956/57 haben wir in Schleswig-Holstein einen Arbeitskampf geführt. Da waren wir noch nicht so schlau wie heute. Dort haben wir damals alles in die IG Metall aufgenommen, was zu uns kommen wollte, auch noch während des Streiks. Die Verwaltungsstelle Lübeck hatte plötzlich 4000 Mitglieder mehr, von rund 14000 Mitgliedern auf rund 18000 Mitgliedern.

Und als der Streik zu Ende war, Kolleginnen und Kollegen, da hat es kein halbes Jahr gedauert und die Verwaltungsstelle Lübeck hatte nur noch 12000 Mitglieder... Wer die Arbeit in der Verwaltungsstelle macht, der weiß, daß eine ganze Reihe in dem Moment in die Verwaltungsstelle kommt, wo sie die Kündigung bekommen hat. Sie sagen dann: Jetzt will ich Mitglied der IG Metall werden. (Beifall) Wenn das vorher über den Betriebsrat gelaufen ist und wir fassen aus politischen Gründen in der Ortsverwaltung den Beschluß, daß wir es hier den Unternehmern zeigen möchten, und wir geben Rechtsschutz, obwohl die drei Monate noch nicht vorüber sind, dann erleben wir in 99 Prozent aller Fälle, daß wir nach Regelung der sozialrechtlichen und arbeitsrechtlichen Probleme das Mitglied wieder verloren haben. Deswegen dürfen wir da kein Loch aufmachen in unserer Organisation...

Heinz Müller, Braunschweig:

Kolleginnen und Kollegen... Ich trete dafür ein, die Satzung generell nicht zu verändern und es bei den alten Bestimmungen zu belassen. (Beifall) Hier wird emotionsgeladen argumentiert mit einer politischen Begründung, die nicht so stehen bleiben kann. Kolleginnen und Kollegen, es liegt im Interesse der in Arbeit stehenden wie der Arbeitslosen, daß wir bereit sind, in dem Kampf um die 35-Stunden-Woche härteste Opfer auf uns zunehmen. Hier wird so getan, als seien wir nicht bereit, den Arbeitslosen Genüge zu tun und sie bei uns aufzunehmen. Es gibt heute 2,5 Millionen Arbeitslose. Ich glaube nicht, daß wir zum Sammelbecken aller 2,5 Millionen Arbeitslosen würden, weil sie versuchen würden, einen Arbeitsplatz in der Metallwirtschaft anzustreben. Es ist im übrigen auch nicht so, als hätten wir in der Vergangenheit nie etwas für die Arbeitslosen getan, die bei uns Mitglied waren. Ich erinnere nur an den Versuch in den Jahren 1974/75, die

sage das sehr deutlich aus dem Grund: Wie wird die Öffentlichkeit über uns reden, wenn sie diese Diskussion mitbekommt, und die bekommt sie mit, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Unruhe) Die Geschichte, auf die wir uns ja auf diesem Gewerkschaftstag immer so stark berufen, hat doch gezeigt, daß gerade in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht der Weg zu den Gewerkschaften gefunden wurde, sondern daß genau diese Kolleginnen und Kollegen, wollen wir denn durch Entscheidungen auf dem Gewerkschaftstag den Grundstein dafür legen, daß sich unsere arbeitslosen Kollegen anders orientieren? (Beifall) Ich habe dafür kein Verständnis...

Arbeitslosen in unsere Arbeit einzu binden.

Frustration war die Folge, weil wir ihre immer wiederkehrenden und drängenden Fragen, was aus ihnen wird, ob sie wieder Arbeit erhalten werden oder nicht, nicht zu beantworten in der Lage waren; sei es denn, wir machten sie darauf aufmerksam, daß eine Änderung dieses Zustandes in unserer Gesellschaft nur auf dem Weg über geänderte gesellschaftliche Verhältnisse, das heißt durch politische Mehrheiten möglich wäre. Das Echo kennt ihr selbst...

Die Empfehlung der Satzungsberatungskommission wird bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbriefe

Enttäuscht

Liebe Genossen, dieses Jahr war ich furchtbar von der 1.-Mai-Ausgabe des RM enttäuscht. Ich meine, daß es so einfach nicht geht. Der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse bietet gute Möglichkeiten zum RM-Verkauf (z.B. verkauftes letztes Jahr ca. 20 RMs auf der Hamburger 1.-Mai-Demo).

Der diesjährige RM war aber nicht das, was man unter einer kommunistischen Massenzeitung versteht. Die theoretische Bleiwüste (Beilage) war sicher nicht dazu angeht, Sympathien für die Partei zu gewinnen. Von 8 Seiten eine Fotoseite, eine Seite Anzeigen — ganze drei Seiten, in denen in etwa die Politik der Partei als Partei der Arbeiterklasse ersichtlich wird. So geht es doch einfach nicht.

Auch bei noch so großen Sparmaßnahmen sollte der RM zum 1. Mai die Ziele der Partei deutlich machen, z.B. durch Berichte aus Betriebszeitungen (früher gab's mal eine Auflistung der Betriebszeitungen im RM), historische Stellungnahmen zum 1. Mai, zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zu unseren Vorstellungen vom Sozialismus und unserem Weg dahin.

Dies alles hätte mittel- und langfristig vorbereitet werden können. Die Flickschustereien, Konzeptionslosigkeit und Theoretisiererei des 1.-Mai-RM konnte sicher kaum Kollegen für die Partei begeistern, es wirkte eher abschreckend.

Die Genossen und auch die fortschrittlichen Kollegen haben einen besseren RM verdient. Mit revolutionären Grüßen
D.K., Hamburg

Sauer

Also jetzt hab ich die Nase voll, vor wieviel Wochen war eigentlich die Frauenkonferenz der KPD? Ich erinnere mich, daß über mehrere RM-Nummern dazu eingeladen wurde. Warum wird denn kein Ergebnis oder zumindest ein kurzer Überblick veröffentlicht? Bei Nachfrage wurde gesagt, im nächsten kommunistischen Heft o.ä. Welchen Stellenwert nimmt denn die Frauenfrage in der Politik der Partei ein? Eine theoretische, die mal in theoretischen Organen dargelegt wird? Zu (fast) jeder anderen Frage, jedem anderen politischen Ereignis ist was im RM, nicht aber zur Frauenkonferenz der KPD und zu ihren Ergebnissen. Konferenz hier, Konferenz da, Kommentare, kurze Ergebnisse, Einschätzungen, Kritiken, warum nicht dazu? Langsam kriege ich den Eindruck, daß ja nur die Frauen „ihre“ Konferenz hatten, nun ist aber auch genug. Das gilt auch für die Frauen, die an dieser Konferenz teilgenommen haben und es nicht für nötig halten oder fertig bringen (zeitlich oder was?) mal was darüber zu veröffentlichen. Echt 'ne Schande. Oder politisch nicht aktuell? Das will doch wohl keine(r) ernsthaft behaupten.

Mit saurem Gruß K., Kiel

P.S.: Oder darf man (frau) keine Erwartungen mehr haben, sondern muß abwarten, wann's genehm ist, daß man (frau) mal was erfährt? P.S.: 8. März ist zum Glück nur einmal im Jahr, schade daß der internationale Frauentag nicht der 29. Februar ist, da wäre er nur alle vier Jahre.
Grrrrrrr!

Lob

Liebe Genossen! Was ich euch schreibe, ist eigentlich nicht auf meinem eigenen Mist gewachsen. Die Anregung zu diesem Brief liegt jetzt etwa eine Woche zurück.

Ein Genosse meinte da bei einem Treffen, daß er es nicht richtig fände, wenn manche so über den Roten Morgen meckerten. Wenn wir irgend eine andere Zeitung lasen, würden wir schon an die Decke springen, steht da mal ein halbwegs ordentlicher Artikel drin. Beim Roten Morgen jedoch suchen wir oftmals mit peinlicher Genauigkeit nach dem Haar in der Suppe. Der Rote Morgen ist, so der Genosse, ei-

ne gute Zeitung, und es sei schon erstaunlich, wie ein so kleines Team — aus Profis und Amateuren? — wie die Rote-Morgen-Redaktion jede Woche unsere Zeitung fertigstellt.

Ich hoffe, ich habe den Genossen hier in seinem Sinne zitiert; Ich möchte dem noch einige eigene Gedanken zufügen.

Wie gut der Rote Morgen ist, liegt ja nicht zuletzt auch an allen Genossen, die ein Interesse haben, daß eine gute revolutionäre Wochenzeitung wie der Rote Morgen regelmäßig erscheint. Ich kann dem Genossen nur voll zustimmen. Schon häufig habe ich nicht gegert, wenn Genossen pauschal schlecht über den Roten Morgen sprachen. Wir sind ja schließlich nicht der Springer-Konzern, der da täglich mit einem Riesenheer irgendeine Zeitung aus dem Boden stampfen kann. Zum Glück sind wir das nicht. Ich habe die letzten Wochen aus gesundheitlichen Gründen den Roten Morgen nicht lesen können, und ich muß sagen, da hat mir was gefehlt.

Frage: Gibt es in unserem Land eine bessere Zeitung als den Roten Morgen? Wer das meint, kann die ja abonnieren.

H.Z., Westberlin

1. Mai in Paris

Liebe Genossen!

(...) Der 1. Mai in Paris war dieses Jahr etwas trauriger als sonst. Während letztes Jahr nach meiner Schätzung bei der gemeinsamen Demonstration aller Gewerkschaften über 100.000 Menschen waren, so waren es dieses Jahr vormittags bei der „FO“ rund 1000, nachmittags bei der CGT nach zwei Stunden Warten nur 10.000 (mehr als die Hälfte Ausländer) und beim Fest der CFDT vielleicht 500—600. Es gab keinerlei politische Mobilisierung, so daß nur die alte Garde der Funktionäre gekommen ist. Entsprechend hohl waren dann auch die Losungen, ein Flugblatt der CGT, bei deren Demonstration ich war, habe ich nicht gesehen, von irgendeinem anderen Maiaufzug ganz zu schweigen. Die geringe Beteiligung ist einerseits auf die fehlende Mobilisierung, andererseits auf die demoralisierende Wirkung der gewerkschaftlichen Zersplitterung zurückzuführen. Größere Demonstrationen gab es in Frankreich dieses Jahr zum 1. Mai nur in den Regionen der Eisen- und Stahlindustrie, und da waren es einheitliche Demonstrationen.

Noch ein Wort zur 35-Stunden-Woche. Offiziell steht sie im Regierungsprogramm, praktisch aber in den meisten Fällen nur auf dem Papier. Nur in wenigen Fällen ist daraus Wirklichkeit geworden, und zwar in Bereichen, die stark unter der Krise leiden (über etwaigen Lohnausgleich ist mir nichts Genaues bekannt, davon steht aber auch nichts im Regierungsprogramm).

Offiziell verbindlich sind bisher nur die 39 Stunden, und das gilt auch für die verstaatlichten Betriebe. Gleichzeitig wird, wenn irgend möglich, Schichtarbeit eingeführt, also auch da, wo man sich relativ sicher fühlte, sowie gleitende Arbeitszeit. Letzteres ist deshalb interessant, weil z.B. Arztbesuche oder sonstige kurzfristige Abwesenheiten nur noch dann bezahlt werden, wenn es sich außerhalb der Arbeitszeit nicht machen läßt. Die Abwesenheitsquote ist dadurch um 10 Prozent verringert worden. Die Lösung der 35-Stunden-Woche wird nur noch von der CFDT vertreten, jedoch nicht in den Betrieben sondern nur auf großen Demonstrationen. Kurz: wenn heute die Arbeiterklasse in Frankreich dennoch kämpft, so ist das nicht die Schuld der Gewerkschaften. (...)

H.G., Paris

Diskussion

Die 35-Stunden-Wendepolitik gegen den 7-Stunden-Tag
Die KPD beteiligt sich an allen Kampagnen zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und entlarvt die Hinhaltetaktik, Verschaukelungspolitik usw. der Gewerkschaften.

Nur ein, m.E. ganz entscheidender Punkt bei der momentanen Kampagne, steht viel zu sehr im Hintergrund — auch bei der KPD

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbriefe

und dem Roten Morgen. Die relativ breite Beteiligung an den Arbeitsniederlegungen kommt u.a. dadurch zustande, daß viele Arbeiter meinen, hier könnte etwas kommen, was die Arbeitslosigkeit „mildert“ — wie es ja auch die Gewerkschaftsführung so allgemein propagiert, weil viele davon persönlich betroffen sind.

In den Gewerkschaftsspitzen ist schon heute klar und war es natürlich auch vor der ganzen Kampagne, daß Kompromisse gemacht werden. Nur wie werden diese aussehen?

Aus der Perspektive der Kapitalistenklasse: Die Einführung der 35-Stunden-Woche kann enorme Vorteile für das Kapital bringen, wenn nicht der 7-Stunden-Tag festgeschrieben wird: Die Arbeitszeitverkürzung bezogen auf die Wochenarbeitszeit bedeutet, dem Kapital alle Mittel in die Hand zu liefern, diese Zeit nach seinen Rationalitätsbedürfnissen einzuteilen und somit die Ausprägung der individuellen Arbeitskraft je nach Produktions-„notwendigkeit“ zu steigern. Durch diese erhöhte Ausprägung der Arbeitskraft an bestimmten Produktions-schwerpunkten erleichtert man Entlassungen auf der anderen Seite. Jetzt ist der Rationalisierung und Konzentrierung der Arbeitskraft durch Aufgabe fester täglicher Arbeitszeit Tür und Tor in weiterer Ausmaß geöffnet.

Das bedeutet konkret 1. Verminderung bis Eliminierung von „Leertafeln“ für den einzelnen Arbeiter 2. rasante Steigerung von Arbeitsdruck und -intensität mit allen bekannten Folgen 3. Entlassungen 4. u.a. ... Man würde sich sozusagen selbst ans Messer der Rationalisierung liefern und gleichzeitig die erkämpfte Position der Arbeiterbewegung — den festgeschriebenen Stundentag kampfflos räumen.



Dieses Ziel ist in trauter Zusammenarbeit der Gewerkschaftsspitzen mit den kapitalistischen Großkonzernen abgestimmt und beabsichtigt. Von wem wir der momentane Kampf „spannend“ gemacht — von den kämpferischen Arbeitern an der Basis, der Gewerkschaftsführung oder nicht auch gesteuert vom Kapital selbst. Je stärker aufgeheizt wird und Streik global als „kaum wieder gutzumachender Schaden für die Wirtschaft, Riesenopfer usw.“ dargestellt wird und reißerische Propaganda betrieben wird, um so leichter wird der Vertragsabschluß für „Flexibilisierung“ und alle damit eingeleiteten weiteren Folgen für das Kapital erreicht werden. Und dazu noch wird man uns einzugewöhnen wollen (das wird die Gewerkschaftsführung übernehmen) welche enormen Erfolge wir erkämpft hätten — also Arbeitszeitverkürzung aufgrund des kämpferischen Drucks von unten erzwungen. Und auch das wird dann vielleicht so schön wie jetzt die Forderungen bundesweit bunt plakatiert, gut organisiert im Rundfunk und Fernsehen breit „diskutiert“ — bis zum nächsten Mal. Mit dem Damoklesschwert-Argument Arbeitslosigkeit wird momentan von allen Seiten alles begründet, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. Ob die Realität allerdings so stimmt, spürt die

Arbeiterklasse erst später, wenn nicht zu spät ...

Ich bin der Meinung, daß die kommunistische Partei dieses Manöver von Staat, Großkapital und Gewerkschaftsbürokratie genauer entlarven sollte und in den Vordergrund stellen sollte, daß die Reduktion der Forderung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu einem der gigantischen Betrugsmanöver an der Arbeiterklasse werden kann und für das Kapital diese Kampagne der Beginn seines Kampfes gegen den festgeschriebenen Arbeitstag werden kann.

Die (richtige) Forderung heißt 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und dann auch erst wird es einsichtig, daß diese Forderung zur „Abmilderung“ von Arbeitslosigkeit führen kann. Mit solidarischen Grüßen, Rotfront B.K., Westberlin

Nachtrag

Liebe Genossen der Redaktion! Ich habe noch einen Nachtrag zum 1. Mai: Leider wurde unsererseits vergessen, eine Korrespondenz aus Hamburg zu schreiben, so ist nur ein Bild unserer Aktion zu euch gelangt. Wie schon zu sehen war, haben wir einen Lautsprecherwagen von der KJD gemacht. Viele Kollegen waren der Meinung, das war ja 'ne richtig gute Stimmung.

So weit nur kurz der Nachtrag zum 1. Mai aus Hamburg.
F., Hamburg

Vogel- und Froschperspektive

Leserbrief zum Artikel „Bericht von der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) des BWK“ (RM 19/84, S. 8)

Es ist schon recht befremdend zu lesen, welche Standpunkte die Mehrheit von Rednern auf der BDK des BWK zur derzeitigen zentralen Forderung der Arbeiterbewegung in der BRD vertrat: die Forderung nach der 35-Stunden-Woche habe keine reale Basis in der Arbeiterbewegung, sie sei ungeeignet für die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse etc.

Ich kann diese Meinung, auch bei Abwägung möglicher Risiken und Gefahren durch eine reformistische Führung dieses Kampfes, aufgrund theoretischer Überlegungen und praktischer Erfahrungen nicht teilen.

Marxisten sollten sich, sozusagen aus der „Vogelperspektive“, immer gut daran erinnern, daß letztlich die Entwicklung der (gesellschaftlichen) Produktivkräfte, der Menschen und Maschinen, und der Widerspruch zwischen ihnen und den gegebenen Produktionsverhältnissen, d.h. juristisch Besitzverhältnissen, den Geschichtsverlauf objektiv prägen und vorantreiben. Daß mit der sog. „Dritten industriellen bzw. technologischen Revolution“, die zur Zeit vor unseren Augen vonstatten geht, ein gewaltiger Entwicklungssprung der Produktivkräfte, nämlich die „Industrialisierung der Kopfarbeit“ vollzogen wird, kann niemand abstreiten. Genau damit verschärft sich aber auch der Widerspruch zwischen eben diesen Produktivkräften und den vorhandenen Produktionsverhältnissen entscheidend, die den technologischen Fortschritt an uns Werktätige nicht weiterzugeben gestatten. Im Gegenteil, das Großkapital nutzt diesen Fortschritt als Instrument zur (vorläufigen) Bewältigung der anhaltenden Wirtschaftskrise natürlich auf unsere Kosten: für sie der maximale Profit und die Kapitalkonzentration, für uns Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Kriegsgefahr. Unsere „Fesseln“ werden dadurch spürbarer und der soziale Sprengstoff wächst gesellschaftlich allumfassend. Betrachtet man die Geschichte der Arbeiterbewegung, gingen ihren entscheidenden Abschnitten, so der Forderung nach dem 8-Stunden-Tag, immer solche Entwicklungssprünge der Produktivkräfte voraus, damals die beginnende großtechnische Anwendung der Elektrizität als „Zweite industrielle Revolution“. Es kommt also darauf an, subjektiv nicht hinterherzuhinken und dem allzu menschlichen Prinzip der Tragheit oder der gedanklichen Ver-

wirrung zu verfallen; soweit einige theoretische Bemerkungen.

Aus der „Froschperspektive“ möchte ich von einem öffentlichen Informations- und Diskussionsabend zum Thema 35-Stunden-Woche berichten, den ich im Auftrag unserer gewerkschaftlichen Nebenstelle vor kurzem organisierte. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und, wie selten zuvor, diskutierten Kollegen, die sonst den Mund nicht aufmachen, engagiert und „heiß“ und waren bereit, sich von unseren Argumenten überzeugen oder zumindest zum Nachdenken anregen zu lassen. In vielen ihrer Beiträge konnte man sehr wohl den Einfluß der Krisenpropaganda des Kapitals heraushören. Ihre Bedenken waren weniger gegen eine speziell sozialdemokratisch-reformistische „35er“-Konzeption gerichtet — im hiesigen Landstrich gibt es kaum andere, breiter akzeptierte „fortschrittliche“ Konzeptionen als die der SPD und der Gewerkschaften (CSU-Wahlergebnisse gegen 70 Prozent) —, sondern zutiefst von grundsätzlichen sozialpartnerschaftlichen Standpunkten her geprägt. Und doch war nach übereinstimmender Meinung der anwesenden, fortschrittlichen Kollegen ein deutlicher, positiver Stimmungsumschwung erkennbar. Selbst der DGB-Kreisvorsitzende meinte anschließend: „Diese Veranstaltung wäre noch vor zwei Jahren so nicht

möglich gewesen!“ und — etwas euphorisch —: „Noch fünf solcher Abende und die Kollegen marschieren für die 35-Stunden-Woche mit voller Überzeugung direkt von hier vor die Betriebstore und nach Bonn!“ Also, packen wir's an!!! Ein Genosse aus Süddeutschland

Anmerkungen der Redaktion

Was die Kritik an der diesjährigen Maiausgabe betrifft, kann man nur sagen: Wo er recht hat, hat er recht. Das war ein Fehler in der Arbeit der Redaktion, den wir versprechen, nicht zu wiederholen. Zum Thema 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich werden wir noch eine ganze Reihe von Artikeln veröffentlichen (müssen), wobei auch weiter immer wieder auf solche Einwände wie hier geäußert, eingegangen werden wird, deshalb soll dies erst mal so stehen bleiben.

Die Kritik an der Nichtbehandlung der Ergebnisse der Frauenkonferenz läßt einen als Redakteur erst mal ein bißchen ratlos, so unter dem Motto „was kann ich dazu, wenn die beschließen, ihre Ergebnisse zunächst parteiintern (und nicht etwa in den kommunistischen Heften) vorzustellen?“ Das wird ja aber wohl demnächst nachgeholt.

Für das Lob aus Westberlin und den Brief aus dem fernen Paris danken wir herzlich.
Für die Redaktion
hrw



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Internationalismus

DATEN, FAKTEN
DOKUMENTE

Schwerpunkt:
immer da,
wo DM mitmisch
über die Befreiungskämpfe
von Irland bis
Lateinamerika
von Afrika bis Asien

WOCHENZEITUNG
DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ...
ab Nr.
Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM
☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ...
☐ Ich habe den Betrag von DM ... an den Verlag überwiesen
☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname
Straße
PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Arbeitstreffen beschließt Aktionen für kommunales Wahlrecht für Ausländer

Am vergangenen Wochenende fand in Dortmund ein Arbeitstreffen der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg statt, auf dem Mitglieder, die im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und ausländerfeindliche Politik aktiv sind, über verschiedene Gesichtspunkte dieser Arbeit diskutierten und Beschlüsse für die nächste Zukunft faßten. Im Mittelpunkt der Diskussion am zweiten Tag des Treffens standen die Aktivitäten für das kommunale Wahlrecht für Ausländer in NRW.

Vom Arbeitskreis „Ausländer“ beim Vorstand der Volksfront wurden inzwischen zwei Informationsbroschüren erarbeitet, die weite Verbreitung verdienen. Eine zum Thema „Ausländerbeiräte“ und eine zum Thema „Doppelte Staatsbürgerschaft“.

Diese sollten in den Auseinandersetzungen um aktuelle Gesetzentwürfe zur Neugestaltung der Ausländergesetzgebung berücksichtigt werden, vor allem in der Diskussion über die Vorstellungen von SPD und Grünen in Bezug auf ein Niederlassungsrecht für Ausländer. Die Grünen haben im April einen Gesetzentwurf für ein Niederlassungsrecht im Bundestag eingebracht.

Auf dem Arbeitstreffen wurde dieser Gesetzentwurf diskutiert. Es ist der bei weitem fortschrittlichste Entwurf einer Bonner Partei. Dennoch in vieler Hinsicht inkonsequent; eine Auseinandersetzung mit diesem Gesetzentwurf macht sehr deutlich, daß die konsequenteste, logischste und einfachste Maßnahme zur rechtlichen Gleichstellung der Ausländer die automatische Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für alle ausländischen Arbeiter und ihre Familienangehörigen nach relativ kurzer Frist des Aufenthalts in der Bundesrepublik wäre. Ohne daß sie ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben müßten, eben als doppelte Staatsbürgerschaft. Die Grünen hingegen verlangen jahrelange Fristen, und wenn das auch für die Mehrheit der ausländischen Mitbürger praktisch belanglos wäre, weil sie schon jahrelang hier sind, so steckt doch eine Vorstellung der Einpassung dahinter, die völlig uneinsichtig ist; bei einer Einbürgerung, die nach Vorstellung der Grünen für Niederlassungsrechte auf Antrag gewährt werden soll, soll der Ausländer auf seine bisherige Staatsangehörigkeit verzichten müssen. Auch das Niederlassungsrecht, das weitgehende Gleichstellung bedeuten und auch allgemeines Wahlrecht (wieder eine Frist: ab 1990) beinhalten soll, soll nur auf Antrag erteilt werden. Als ob die Grünen nicht wüßten, wie wenige Ausländer per Antrag mögliche Rechte ausnutzen...

Auf dem Treffen wurde eine Stellungnahme der Volksfront

Termine

2. Ruhrgebietsberatung antifaschistischer Arbeit

Am 31.5.84 findet die 2. Ruhrgebietsberatung zur Arbeit gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit statt. Auf der Tagesordnung: 1. Neonazistische Aktivitäten (NPD im Europa-Wahlkampf; Aktivitäten der Skin Heads), 2. Was kann man gegen die Neonazis machen? (Informationsaustausch, antifaschistische Forderungen, Aktionen; Beratung über einen Aufrufentwurf.)

Am ersten Treffen nahmen über 100 Antifaschisten aus NRW teil. Die Beratung ist also durchaus repräsentativ für die antifaschistische Bewegung in dieser Region. Eine gute Sache im Hinblick auf die Einheit der antifaschistischen Kräfte also, die wir aktiv unterstützen müssen.

Also: am 31.5.84, 10.00 Uhr, Falken-HOT, Schulstr., Bochum-Wattenscheid.

zu diesem Gesetzentwurf verabschiedet, die den Grünen noch in dieser Woche zugeht. Wir werden im RM demnächst ausführlicher über die verschiedenen Vorstellungen berichten und den Standpunkt der KPD, die auch die doppelte Staatsbürgerschaft fordert, begründen.

Die genannten Broschüren der Volksfront können zum Preis von je 2,- DM bei der Volksfront-Geschäftsstelle, Maria-Hilf-Str. 31, 5100 Aachen, bestellt werden.

Der Kampf für das kommunale Wahlrecht für Ausländer macht einen Schwerpunkt der Volksfront-Arbeit in NRW aus, wo am 30. September gewählt wird. Den Gruppen steht ein zentrales Flugblatt zur Verfügung, das bisher überall sehr gut aufgenommen wurde. Sie unterstützen die Unterschriftensammlung des VIA. Auf dem Arbeitstreffen verpflichteten sich die Gruppen, die bisher noch wenig damit gearbeitet haben, in allernächster Zeit in ihren Städten die Initiative dazu zu ergreifen und örtliche Initiativen, Ausländervereine usw. zu informieren, sie zu bitten, ihre Mitglieder unterschreiben zu lassen, und andere Aktionen vorzubereiten.

Die Planung der Fahrradtour fürs kommunale Wahlrecht (der RM berichtete in seiner letzten Ausgabe) wurde konkretisiert. Die endgültige Route ist nun: Paderborn (Start am 18. Juni) — Herford — Bielefeld — Münster — Recklinghausen — Gelsenkirchen — Wattenscheid — Dortmund (Abschluß am 26. Juni). Es werden immer noch Mit-Radler(innen) gesucht! Wer Lust hat, melde sich bald bei Dietrich Lohse, Lange Hecke 6, 46 Dortmund 30, Tel.: (0231) 417862.

Mit gutem Beispiel voran ...

Im Oktober findet der bundesweite Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit statt. Von der ersten Oktoberwoche bis zum 13. 10: bewegen sich zwei Marschsäulen von Süden (München oder Regensburg) und Norden (Hamburg) auf Köln zu. In vielen Städten wird Station gemacht, örtliche Initiativen übernehmen den Empfang, stellen ihre Arbeit vor, mobilisieren die antifaschistischen Kräfte.

... mitmarschieren gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Zimmermann'sche Politik

Marschierer für die „Kerngruppen“, jeweils 30 bis 50 Leute, werden noch gesucht. Auch von unserer Partei sollten sich noch mehr beteiligen. Deshalb bitten wir auch auf diesem Wege nochmal nachdrücklich alle Ortsgruppen und Landesbezirke, schnell und sorgfältig zu prüfen, wer da mitmachen kann, und schnellstmöglich im zentralen KPD-Büro bescheidzugeben. Alle Leser des RM bitten wir ebenfalls: Wenn ihr Zeit habt, meldet euch! Wir freuen uns sehr über Briefe wie diesen, den uns ein Genosse aus Berlin schrieb:

„Werte Genossen, ich finde es gut, daß ein „Marsch gegen Ausländerfeindlichkeit“ stattfinden soll! Es ist richtig und wichtig, daß die Partei diesen von Anfang an unterstützt. Ich möchte auch dazu beitragen. Ich melde mich hiermit für den Marsch von Hamburg nach Köln über Bonn an. Ich könnte die ganze Zeit, also von Ende September bis Mitte Oktober, da ich zur Zeit „Hausmann“ bin. (...)

P.S.: Warte auf weitere Informationen. Rotfront, Gruß M.“ Hoffentlich folgen noch viele diesem Beispiel!

Innenminister Schnoor /NRW:

„Arbeitskampf ist nicht die Stunde der Polizei“

„Der Arbeitskampf ist nicht die Stunde der Polizei“, verkündete Innenminister Schnoor von Nordrhein-Westfalen. Oder: „Bei Arbeitskämpfen ist die Polizei zu strikter Neutralität, Nichteinmischung und Zurückhaltung verpflichtet. Polizeiliche Maßnahmen dürfen sich nie gegen Arbeitskampfmaßnahmen als solche richten.“ (Erlaß des Innenministers von NRW zum „Verhalten der Polizei bei Arbeitskämpfen, März 1984“). Ähnliche Sätze finden sich auch in den „Leitsätzen“ für die Polizei, die bereits 1978 formuliert und rechtzeitig vor dem Beginn des Arbeitskampfes in diesem Jahr aktualisiert wurden.

Angesichts dieser Worte fragt man sich beinahe, wie dann Polizeieinsätze wie gegen die streikenden Drucker in Köln zustandekommen. Handeln etwa ganze Hundertschaften der Polizei gegen die demokratischen Befehle von oben? Mitnichten. Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, daß die Polizei doch nicht so „strikt neutral“ ist, wie sie zu sein vorgibt,

aber nicht zur Auffassung führen, die Polizei nehme Partei gegen die Streikbeteiligten.“

Oder Leitsatz Nr. 8: „Die Gefahr des Abrutschens zulässiger Beeinflussung arbeitskampfunwilliger Arbeitnehmer oder Arbeitgeber in strafbare Nötigung, Bedrohung, Beleidigung oder Körperverletzung droht besonders von überengagierten Streikposten... Bei der



Einsatz gegen streikende Drucker in Köln

dann liegt das selbstverständlich nicht an der Polizei, sondern — an den Streikenden.

Originalton Leitsatz Nr. 9: „Von der Häufigkeit her wird die Polizei häufiger gegen Streikteilnehmer tätig als gegen diejenigen, die eine Aussperrung veranlassen. Das liegt in der Natur der Sache (!) Das darf

Auseinandersetzung der Arbeitskampfparteien besteht in der Streikszone (!) eine höhere Gefahr der Eskalation in gewaltsame Auseinandersetzung als bei den Maßnahmen der Arbeitgeber.“

Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, daß die Polizei sich keineswegs neutral verhält, dann liegt das vielleicht auch daran, daß diese Öffentlichkeit einfach nicht weiß, daß wirkliche Streikfreiheit zwei Seiten hat: die positive und die

negative Streikfreiheit nämlich. Das Streikrecht und das Streikbruchrecht sozusagen. Beides hat die Polizei zu schützen. Woraus — da die Polizei ja so neutral ist — folgt: „Die Polizei hätte sie (die Arbeitswilligen — RM) an den Streikposten vorbeizuschleusen.“ (Leitsatz 8).

Von besonderer Aktualität für den gegenwärtigen Arbeitskampf, der in der Druckindustrie durch wiederholte brutale Anschläge auf Streikposten geprägt ist, ist der Leitsatz 6. Dort heißt es nämlich: „Für die Verfolgung von Straftaten besteht für die Polizei ein gesetzliches Muß. Nach § 163 StPO ist die Polizei gehalten, bei begründetem Verdacht einer Straftat Verfolgungsmaßnahmen einzuleiten, also alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.“

Die „Sache“ klingt eindeutig. Aber: weder bei dem Anschlag auf die Streikposten in Offenbach noch bei dem versuchten Totschlag in Stuttgart „merkte“ die Polizei von selbst, daß eine Straftat vorlag. Sie sah nur Unfälle...

„Stellt euch vor, wir Gewerkschaftler hätten nach Maschinenpistolen geschrien (wie der Speidetur in Offenbach — RM). Oder einer von uns hätte einen der Unternehmern angegriffen, überfahren, verletzt! Was dann los wäre, weiß jeder!“ (Streikinfo der Druck- und Papier-Hessen) Sicher, dann wäre die „Verfolgung von Straftaten ein gesetzliches Muß.“ Denn daß Streikposten zu „Nötigung, Bedrohung, Beleidigung oder Körperverletzung“ neigen, ist ja in den Leitsätzen der Polizei schwarz auf weiß nachzulesen. Genauso wie dort schwarz auf weiß nachzulesen ist, daß die andere Seite, die für die Unternehmer im Arbeitskampf steht, nicht dazu neigt. Und das muß auch im gegenwärtigen Arbeitskampf so sein — zumindest in den Akten der Polizei. Denn: „Die größere Häufigkeit polizeilichen Einschreitens in Aktionsfeld der Streikteilnehmer darf nicht zur falschen Optik polizeilicher Parteinahme gegen die Streikbeteiligten führen.“ (Leitsatz 9)

Und auf die „Optik“ kommt es an. Das leuchtet ein. Denn würde die Polizei nur nach ihrem Verhalten beurteilt, dann wäre ihr „strikt neutraler“ Ruf schnell zum Teufel.

Werbe-Faltblatt der Rote Hilfe Deutschlands erschienen!

Nach längerer Zeit gibt es nun wieder ein Faltblatt, das die Rote Hilfe Deutschlands vorstellt. Für alle, die Näheres über die RHD, ihre Ziele, ihren Aufgabenbereich, ihre Arbeitsweise wissen wollen. Und für alle, die in ihrem Bekanntenkreis oder wo auch immer für die Rote Hilfe werben wollen.

Aus dem Inhalt:

- Im „freihetlichsten Staat auf deutschem Boden“ ist politische Verfolgung alltäglich
- Wir helfen. So sieht die Hilfe aus
- Wer ist die Rote Hilfe Deutschlands?
- Mitglied werden! — So können Sie helfen
- Rote Hilfe im Beispiel — Aus der Arbeit der RHD

Bestellungen bitte richten an: RHD Bundesvorstand, Postfach 210309, 2800 Bremen 1

Aus dem Inhalt:



Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Der Sonderkongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, der kürzlich in Köln tagte, erklärte sich solidarisch mit dem Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und forderte nachdrücklich die Beseitigung aller Einschränkungen des Streikrechts. Insbesondere bekräftigte der Kongreß die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung und forderte die Gruppen auf, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Vom Vorstand wurde inzwischen nach der Broschüre, die im RM bereits vorgestellt wurde, ein zentrales Flugblatt zur Begründung und Verbreitung dieser Forderung hergestellt. Ebenso ein Plakat

Die KPD hat ihre Genossen aufgerufen, bei der Verbreitung dieser Materialien zu helfen. Auf der Großkundgebung der Gewerkschaften am 28.5. in Bonn fand das Volksfront-Flugblatt bereits gute Verbreitung.

Anzeige

Materialien der Volksfront zur Aussperrung

GEWERKSCHAFTEN GEHÖREN GEGEN AUSSPERRUNG

Aussperrung ist Terror!

Aussperrung Verboten!

Wir fordern:

VERBOT der Aussperrung!

Broschüre zur Aussperrung, 24 Seiten, 1,50 DM (plus Porto) / Flugblatt: „Aussperrung verboten!“, 1000 Stück, 50 DM (plus Porto) / 10 Kleber „Aussperrung verboten!“, nur 1,— DM (plus Porto) / 10 Buttons „Aussperrung verboten!“, nur 1,— DM (plus Porto)

Bestellungen an: Volksfront-Geschäftsstelle, Maria-Hilfstraße 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362

Türkei heute

Die Türkei ist wieder in den Europarat aufgenommen worden. Nach der Wahlfarce, an der sich nur Parteien beteiligen konnten, die von den Militärdiktatoren genehmigt und zugelassen wurden, tut der Westen so, als sei das Land wieder ein würdiges Mitglied der „Vereinigung der westeuropäischen Demokratien“. Wie es wirklich in diesem Land aussieht, wie der Alltag in diesem Land sich darstellt, wollen wir auf dieser Seite mit drei Artikeln dokumentieren. Die allein westlichen Kreditgebern nützende Wirtschaftspolitik, die Kritik einer großen und sehr wichtigen Gruppe von türkischen Intellektuellen, sowie Tatsachen aus dem Gefängnisalltag werfen ein anderes Licht auf dieses Land.

Ministerpräsident und „Wirtschaftsexperte“ Özal: Bosphorus-Brücke zu verkaufen

Privatisierung türkischer Staatsbetriebe

Der Sieger der Wahlfarce in der Türkei, der im Westen als „Wirtschaftsexperte“ angesehene neue Ministerpräsident Özal hat als eines der ersten Gesetze im türkischen Parlament eine Vorlage verabschieden lassen, die es der Regierung erlaubt, Staatsbetriebe an Privatunternehmen zu verkaufen. Das bekannteste Objekt, das zum Verkauf ansteht: die Bosphorus-Brücke in Istanbul, die Verbindung zwischen dem europäischen und dem asiatischen Teil der Türkei. Wer sie einkauft, kann die Überfahrtsgebühren dieser wichtigen Verkehrsverbindung kassieren ...

Nun wäre der Verkauf der Bosphorus-Brücke in Istanbul an einen privaten „Betreiber“, der Wegzoll erhebt, zwar eine Meldung wert, aber eher als Kuriosum zu bewerten, ginge es bei dieser Geschichte nicht um entscheidende Weichenstellung in der türkischen Wirtschaftspolitik, die gravierende Folgen für die Arbeiter, für das ganze Volk haben wird.

Man muß wissen, daß heute noch ungefähr 40 Prozent aller türkischen Betriebe staatlich sind, daß der staatliche Sektor eine beherrschende Rolle in der Ökonomie des Landes spielt.

Diese Besonderheit ist vor allem Folge der Politik Kemal Atatürks, der im Prozeß der Herausführung des Landes aus mittelalterlich-feudalen Verhältnissen diesen staatlichen Sektor breit förderte. Zu den Prinzipien der Politik des Kemalismus gehörte der sogenannte Etatismus, was konkret bedeutete, daß von Atatürk und seiner Regierung versucht wurde, die Industrialisierung des Landes vor allem über Investitionen des Staates zu forcieren, in all den Bereichen, die für die Privatkapitalisten unrentabel erschienen oder es auch real waren. Der so entstandene Staatssektor war also von Anfang an auf reichliche Subventionen angewiesen. Neben den Verkehrsbetrieben, wie der Eisenbahn, besitzt der staatliche Sektor auch einen großen Anteil an der Kohleförderung, der Tabak- und Branntweinproduktion sowie an Erzbergwerken.

Der Sieger der Scheinwahlen in der Türkei, der im Westen als „Wirtschaftsexperte“ gefeierte Turgut Özal, hat sich dieses Privatisierungsgesetz aber nicht selbst ausgedacht. Was Özal tut, was die militärnabhängige Regierung in der Türkei durchführt, das ist nichts anderes als die Erfüllung des Diktats des Internationalen Währungsfonds IWF.

Spätestens seit der sich ständig verschärfenden ökonomischen Krise der Türkei, beginnend in den 60ern, sich enorm verschlimmernd in den 70er Jahren, sind die Staatsbetriebe beliebter Spielball der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die langandauernde Abhängigkeit der Türkei von westlichen Kreditgebern war immer mit Forderungen, mit Bedingungen verbunden. Vor allem nach dem Militärputsch vom September 1980 wurden die Bedingungen des IWF immer vorbehaltlos akzeptiert. Die Entwicklung hin zur Privatisierung der Staatsbetriebe verlief im Sinne der westlichen Profitgeilen Geldgeber folgerichtig: Zunächst diktierte der IWF Preiserhöhungen für alle Produkte aus Staatsbetrieben, es traf vor allem die Tabak- und Spirituosenbetriebe, aber auch die Eisenbahnen wurden enorm verteuert. Zwar wurden die Staatsbetriebe damit zum entscheidenden Inflationsherd innerhalb der Türkei, aber im Sinne des IWF war damit der Anfang gemacht, aus den

Staatsbetrieben rentable, konkurrenzfähige Betriebe zu machen. Der Gedanke lag nahe, daß dieses Ziel Privatkapitalisten besser erreichen können, als eine verkrustete, korrupte Staatsbürokratie, wie sie in der Türkei schon lange besteht. Schon 1981 erklärte der damalige Minister für Technologie: „Zur Zeit arbeiten wir an einem Projekt, das die Übergabe der Anteile der staatlichen Betriebe an den Privatsektor vorsieht. Ich glaube, daß dies in den kommenden zwei Jahren verwirklicht wird.“

So war auch eine der Bedingungen, die die Generäle zur Zulassung von Parteien für diese Wahlen festlegten, eben die, den IWF-Forderungen keinerlei Beschränkungen aufzuerlegen.

Nicht zuletzt wegen seiner totalen Zustimmung zur westlichen Wirtschaftspolitik gegenüber der Türkei wurde Turgut Özal immer schon als „Mann der Vernunft“ und als „Wirtschaftsexperte“ gehandelt.

Eine seiner ersten Amtshandlungen war denn auch ein weiterer Vertrag mit dem IWF, der ihm einerseits neue Kredite zusicherte, aber auch die schnellere Erfüllung der Forderungen verlangte. Mit dem Privatisierungsgesetz ist Özal dem nachgekommen. Die Folgen für die türkische Bevölkerung sind absehbar. Rentabel, konkurrenzfähig usw. können die Staatsbetriebe nur werden, wenn Massenentlassungen vorgenommen werden, und die Preise so angehoben werden, daß Subventionen überflüssig werden. Konkret: Die Arbeitslosigkeit wird zunehmen, die Realeinkommen werden weiter absinken.

Die Arbeitslosigkeit beträgt schon heute in der Türkei zwischen 30 und 40 Prozent ...

Manifest türkischer Intellektueller

Ein Dokument des Widerstands

Eine größere Gruppe türkischer Intellektueller, Künstler, ehemaliger Politiker hat sich in einem Manifest zur Lage in der Türkei geäußert. Dieses Papier, das zunächst illegal verbreitet wurde und in der Türkei nicht veröffentlicht werden durfte, ist jetzt doch in die öffentliche Diskussion gekommen. Weil Ministerpräsident Özal sich zu diesem Papier und seinen Thesen äußerte, ist man gezwungen gewesen, es ganz zur Veröffentlichung freizugeben.

Dieses Manifest, unterschrieben von 1260 Leuten, das die momentane Lage unter Diktatur beschreibt und konkrete Forderungen zur Demokratisierung erhebt, ist die erste breite Stellungnahme von Intellektuellen. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Papier und weisen darauf hin, daß einige Sachverhalte sicherlich sehr zurückhaltend formuliert wurden, um eine Diskussion unter der Diktatur überhaupt möglich zu machen.

Nach einer allgemeinen Einführung heißt es: „Die Einschränkung der Bürgerrechte ohne gerichtliches Urteil, die Schaffung von Strafen mit indiskutablen und einseitigen administrativen Maßnahmen, die Einbeziehung der politischen Rechte und allgemeine Beschuldigungen führen zu gesellschaftlichen Katastrophen. Beitritt zu Vereinen, Gewerkschaften, Stiftungen, Berufsverbänden, Genossenschaften, politischen Parteien und die Äußerung der Meinungen, die früher nicht als strafbar galten, gelten heute als strafbar. Dies ist mit dem Rechtsstaatsbegriff nicht vereinbar.“

An anderer Stelle gehen die Autoren auf die bis heute vom Regime geleugnete Praxis der Folter von Gefangenen ein: „Folter, deren Existenz gerichtlich nachgewiesen wurde, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir befürchten, daß die Folter — von Anfang an und ohne Verfahren ausgeübt — zu einer primitiven und gewohnheitsmäßigen Form der Bestrafung gemacht worden ist. Außerdem halten wir die Bedingungen in den Gefängnissen, die weit über die Einschränkung der Freiheit hinausgehen, für Qual und Folter. Für die völlige Einstellung der Folter müssen die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Es muß gewährleistet werden, daß die Verteidigung gleichzeitig mit der Untersuchung und der Anklage beginnen kann. Willkür wird das bestimmende Element von Gerichtsverfahren — insbesondere in politischen Prozessen —, wenn in jeglichen Untersuchungen und Prozessen die Regeln des Rechtsstaats übertreten werden und das Rechtsprinzip von der ‚Unschuld bis zur rechtskräftigen Verurteilung‘ als einer ausdrücklichen universellen Garantie nicht beachtet wird.“ Daraus folgern die Autoren des Manifests: „Aus diesem Grund und um einen Beitrag zum sozialen Frieden zu leisten, halten wir eine umfas-

sende Amnestie für unverzichtbar.“

An anderer Stelle gehen die türkischen Intellektuellen auf die Rolle von demokratischen Vereinigungen ein: „In erster Linie politische Parteien, dann aber auch Gewerkschaften, Berufsverbände und Vereine sind die unverzichtbaren Stützen des demokratischen Lebens. Die Berufsverbände sollen neben ihrer eigentlichen Aufgabe, Vertretung der ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder, zusammen mit den politischen Parteien auch Vermittler und Katalysatoren in Bezug auf den Schutz der demokratischen Freiheiten von Personen und Gruppen sein und an der Macht teilhaben.“

Deswegen glauben wir, daß es notwendig ist, daß ihre Organisations- und Mitbestimmungsrechte durch verfassungsmäßige Regelungen in breitem Umfang garantiert werden müssen. Damit die Gesellschaft im Hinblick auf ihre Zukunft und ihre Weiterentwicklung offengehalten wird, ist es dringend notwendig, daß das gesellschaftliche Leben Freiheit, Pluralismus und neue Qualität enthält. Aus diesem Grund soll das Hervorbringen von Ideen aller Art geschützt und in der Öffentlichkeit frei angeboten werden können.“

In diesem Zusammenhang gehen die Autoren des Manifests auch auf die alltägliche Zensur in der Türkei heute ein: „Die freie Presse ist eines der Grundrechte, die das demokratische System vervollständigen. Um das zu verwirklichen, muß gewährleistet werden, daß die Gesellschaft sich unabhängig, unkontrolliert und pluralistisch informiert, die unterschiedlichen Meinungen frei reflektiert werden und jegliche Kritik in der Presse einen Platz findet. Die Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit und die demokratische Kontrolle der Macht kann nur mit einer solchen Presse realisiert werden.“

Auch aus diesem Grund und als Vorbedingung dafür, daß die TRT (Türkische Rundfunk- und Fernsehanstalt) unparteiisch arbeitet, glauben wir, daß es notwendig ist, daß ihre Autonomie gewährleistet wird.“

In einem letzten Teil gehen die türkischen Intellektuellen auf die Lage an den Universitäten und die Freiheit der Kunst ein: „Zur Behauptung, der am meisten gewachsene Teil der Gesellschaft, die Universität, sei nicht fähig, sich selbst zu verwalten: Die Verweigerung ihrer Autonomie bedeutet die Ablehnung des Funktionierens der Demokratie in unserem Land. Die Unterwerfung aller universitärer Institutionen unter ein Gremium, das ernannt und nicht gewählt wird und das extreme Machtbefugnis besitzt, verhindert sowohl die Entwicklung der Jugendlichen als auch wissenschaftliche Leistungen und wirft große Bedenken für die Zukunft des Landes auf. Aus diesem Grunde halten wir es für notwendig, daß das YÖK-System (ein von der Regierung berufenes, für die Universitäten zuständiges Gremium, Anm. d. Ü.) so schnell wie möglich auf der Grundlage des Wahlprinzips in Richtung Autonomie geändert wird. Wir wollen ausdrücklich betonen, daß es ein Kennzeichen zivilisierter Gesellschaft ist, daß die Einschränkungen des freien Verkehrs künstlerischer und wissenschaftlicher Produkte aufgehoben ist und daß jeder Bürger und damit auch jeder Wissenschaftler und Künstler mit allgemeinen Sicherheitsgarantien ausgestattet werden muß.“

Für eine gesunde gesellschaftliche Entwicklung ist es erforderlich, daß die Zensur total abgeschafft wird, was die Freiheit betrifft, künstlerische Werke zu schaffen und zu verlegen, daß kein Thema tabuisiert wird und daß die Strafbarkeit nur von gerichtlichen Organen beurteilt wird.“

Die Auszüge der TDKP-Prozesse Hüseyin Yagbasan

Am 10.4.81 wurde nachts um 1.30 Uhr meine Wohnung von Soldaten und der Polizei überfallen. Man hielt mir eine Pistole an die Stirn, drohte mir mit dem Tod und legte mich mit verbundenen Augen in eine Ecke. Inzwischen prügeln sie meine Frau und meine Kinder aus dem Bett. Ihre Schreie und ihr Weinen wurden mit Fußtritten begleitet. Meine Wohnung wurde nach verbotener Literatur durchsucht, dabei schmiß man das Geschirr auf den Boden. Die Bettlaken und Bettdecken wurden zerrissen. Ein Protokoll über diesen Vorfall wurde nicht angefertigt.

Später wurden wir, meine Frau, meine Kinder (8 J. und 3 Monate) und ich — mit einem kleinen VW-Bus zum 1. Polizeirevier gebracht. Dort legten sie mir ein Protokoll vor, das ich unterschreiben sollte. In dem Protokoll waren keine konkreten Angaben über die Suchaktion in meiner Wohnung, deshalb verweigerte ich die Unterschrift. Daraufhin brachte man uns zum 2. Polizeirevier in Istanbul. Unterwegs wurde ich vor den Augen meiner Frau und Kinder geschlagen und getreten. Auf der Polizeistation wurde ich eine Woche lang gefoltert. Viele Menschen, deren Namen ich nicht kenne, waren Zeugen. Von einigen Zeu-

gen erfuhr ich später die Namen: Ömer Özsökmenler, Hasan Eliyugun.

Immer wieder wurde mir unter der Folter gedroht, meine Frau zu vergewaltigen. Meine Frau und meine zwei Kinder wurden hungrig und durstig in eine dunkle Zelle gesteckt. Mein dreimonatiges Baby bekam aufgrund der Kälte und Feuchtigkeit in der Zelle eine Lungenentzündung. Obwohl ich hunderte Male die Zuständigen appellierte, erfolgte keine medizinische Behandlung.

Auf der Polizeistation wurde ich 55 Tage lang gefoltert. Nach dieser Zeit wurde ich mit Emir Gunt und Osman Yildirim nach Adana zum 1. Polizeirevier gebracht. Dort wurde ich nochmals 20 Tage lang, genau wie in Istanbul, gefoltert. Nach 20 Tagen wurde ich zum 1. Polizeirevier nach Istanbul zurücktransportiert. Zehn Tage lang hörte ich die Schreie der Gefolterten.

Danach wurde ich mit 16 Freunden in die Kasr-ne Selimiye gebracht. Dort wurden wir entkleidet, mit Gummiknüppeln geschlagen und schwer gefoltert. Nach diesen physischen und psychischen Folterungen zwang man mich, mit verbundenen Augen ein vorbereitetes Protokoll zu unterschreiben. Bei dem Überfall auf meine Wohnung, am 10.4.81, wurde ein Fotoapparat, ein Ring und 50000 TL be-

GEFÄNGNISALLTAG

die nebenstehende Dokumente, Aussagen, Briefe politischer Gefangener aus der Türkei, zum Teil schon einige Monate alt, aber erst jetzt aus der Türkei herausgeschmuggelt, zeigen einiges vom Untergang der Herrschenden dort mit ihren politischen Gegnern. Die hier abgedruckten Texte stammen von Angeklagten aus einem Prozeß gegen Angehörige der TDKP. Wir entnahmen sie dem Info „Türkei-Solidarität“, dem Nachrichten-Bulletin des Komitees „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei“. Auch nach Beendigung der großen, massenhaften Hungerstreiks in den Folter-Gefängnissen des NATO-Staats Türkei ist die Solidaritätsarbeit für die Verfolgten dort enorm wichtig.



Für mehr Informationen, mit der Bitte um Zusendung von Flugblättern und Unterschriftenlisten der für die Übernahme einer Patenschaft für einen politischen Gefangenen in der Türkei wende man sich an folgende Adresse, an die auch notwendige Spenden für diese wichtige Solidaritätsarbeit gesendet werden können.

schlagnahmt. Dieses wurde jedoch in dem Protokoll nicht erwähnt und aus diesem Grund unterschrieb ich es nicht.

Necdet Acan

Ich werde beschuldigt, gegen Art. 141/5 TSGGB verstoßen zu haben. Seit 25 Monaten bin ich inhaftiert. Davon wartete ich 19 Monate auf meine Gerichtsverhandlung.

Die ersten zwei Monate nach meiner Festnahme wurde ich auf der 1. Polizeistation in Istanbul physisch und psychisch gefoltert. Laut Gesetz kann erst Inhaftierung stattfinden, wenn der Schuldvorwurf bewiesen ist. Doch die Praxis sieht anders aus: Schon von vornherein wurden wir von dem Gericht verurteilt.

Die Verhöre sollen ohne Repression stattfinden. Das zu ermöglichen, ist Aufgabe des Gerichts. Nun, nach 24 Monaten Haft und nach Prozeßbeginn, können wir die uns zustehenden Rechte bis hin zu den juristischen nicht wahrnehmen.

Komitee „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei“

Türkei, Michelstraße 2b

5000 Köln 1, Tel.: (0221) 239004

Spendenkonto: I. Polat, BfG Köln, Nr. 2170354500 (BLZ) 37010111

Stichwort: Politische Gefangene Türkei.

Meldungen

Erstes U-Boot in Chile

Eines der beiden auf der Kieler Howaldtswerft gebauten und mit chilenischen Offizieren bereits erprobten U-Boote ist bereits in Chile. Der Sprecher der Howaldtswerke Deutsche Werft AG teilte mit, daß das Kriegsschiff sich seit dem 7. Mai in Besitz der Pinochet-Junta befindet.

Lob für Mörder

„Sie verdienen eine Medaille“ lobte ein Richter des Obersten Gerichts in Südafrika einen Mörder. Der Weiße Francisco Quintino hatte einen schwarzen Bürger Südafrikas beobachtet, der das Geld für einen Milchmann, nach deutscher Währung umgerechnet 1,35 DM entwendete. Das Geld hatte unter einer leeren Milchflasche gelegen. Kurztent schlossen zog Quintino einen Revolver und tötete den Schwarzen mit zwei Schüssen in die Brust.

Richter Steyn äußerte „größte Sympathie“ für die Tat des Mordschützen, seine Reaktion sei durchaus angemessen gewesen, weil die Höhe des Betruges „überhaupt keine Rolle“ spiele. Das Urteil — nach dieser Logik natürlich —: Freispruch für den Weißen.

Bergarbeiterstreik geht weiter

Im dritten Monat kämpfen die britischen Bergarbeiter mit aller Kraft gegen das Stilllegungskonzept der reaktionären Thatcher-Regierung, die die Kumpel zurückhalten sollten, trotz der laufenden Versuche, ihnen jegliche Einkommen zu sperren oder zu beschneiden, ihnen sogar die Sozialhilfe zu kürzen, steht die Streikfront weiter.

Erstmals hat jetzt auch der gewerkschaftliche Dachverband der TUC, der sich bisher — vornehm ausgehend — zurückhaltend bis abwartend verhielt, den Kampf der Kumpel unterstützt. In einer Erklärung hieß es, der TUC betrachte „mit Sorge den Versuch, ein Zechenstilllegungsprogramm durchzusetzen, das einem für die Nation wichtigen Industriezweig dauernden Schaden zufügen, sowie Arbeitsplätze und Zechengemeinden zerstören würde.“

Terror in Tunesien

Nach den Unruhen vor vier Monaten in Tunesien, als während des Hungeraufstandes nach der Erhöhung der Brotpreise große Unruhen ausgebrochen waren, fallen jetzt Terrorurteile gegen Teilnehmer dieser Demonstrationen. Sogar nach offiziellen polizeilichen Angaben hatte es 89 Tote, 934 Verletzte und Hunderte Verhaftete gegeben. Am vergangenen Dienstag verurteilte ein Gericht in Tunis 14 Angeklagte wegen Plünderung und Brandstiftung zu Gefängnisstrafen zwischen 10 und 20 Jahren. Schon am 16. Mai waren 17 Tunesier unter 18 Jahren zu Haftstrafen von einem bis sechs Jahren verurteilt worden.

Salvadorianischer Oberst wird Militärattaché

Ein Mörder kommt nach Bonn

Einer der Chefs der Todesschwadron

Wie der Presseauschuß der salvadorianischen Streitkräfte mitteilte, soll der Direktor der salvadorianischen Polizei, der Oberst Nicolas Carranza, Militärattaché an der Botschaft El Salvadors in Bonn werden.

Carranza, der als rechtsextrem gilt und ganz offen mit den Todesschwadronen in Verbindung gebracht wurde, soll einen extra für ihn geschaffenen Posten in Bonn übernehmen. Bisher gab es keinen salvadorianischen Militärattaché.

Diese Versetzung, so verlautet aus San Salvador, ist Teil einer umfassenden kosmetischen Operation der Herrschenden in El Salvador. Nach dem Wahlsieg des Reagan-Freundes Napoleon Duarte über seinen faschistischen Kontrahenten Roberto d'Aubuisson sollen einige Versetzungen, vor allem im Offizierscorps, den Ruch der Mörderbande von der Regierung nehmen. Wie der Oberst Nicolas Carranza ist auch der Bezirkskommandant Oberstleutnant Mario Denis Moran öffentlich der Mitgliedschaft in den Todesschwadronen beschuldigt worden — und hat ebenfalls einen neuen Posten bekommen: Er wird ein Militärkolleg in Washington besuchen.

Die Todesschwadronen in El Salvador haben Tausende Menschen Umgebracht, die oft lediglich bestimmter Sympathien für Linke und Demokraten verdächtigt wurden. Ihr Terror, der offiziell unabhängig von Armee und Polizei ausgeübt wurde, war eine der wesentlichen Stützen der Herrschenden in diesem Land. Im März hatte ein mittlerweile pensionierter Offizier des ehemals d'Aubuisson unterstehenden Geheimdienstes berichtet, Carranza und d'Aubuisson seien wichtige Personen bei der Organisation der Todesschwadronen, die sich aus vielen Personen der Armee und der Polizei zusammensetzten.

Der Militärführer der Provinz La Paz, Mario Denis Moran, wird beschuldigt, an der Tätigkeit der Todesschwadronen ebenfalls beteiligt zu sein und US-amerikanische Medien verdächtigt ihn konkret der Verwischung von Spuren nach der Ermordung zweier Landreform-Berater in El Salvador.

So klug ausgedacht die „Entfernung“ dieser mordver-



Opfer der faschistischen Todesschwadronen — einer ihrer Offiziere will sich als Diplomat nach Bonn absetzen.

dächtigen Leute aus dem „aktiven“ Dienst in El Salvador ist, so frecht sind die neuen Posten für diese Militärs. Vertreter der salvadorianischen Armee in Bonn zu spielen und damit Verbindung zu westdeutschen Militär- und Regierungsstellen zu pflegen, ist die Aufgabe des Militärattachés. Daß der Mordgehilfe Carranza dafür vorgesehen ist, ist ein Skandal. Ein Vertreter der Todesschwadron — ein Vergleich mit der SS ist das mindeste hier — mit diplomatischem Schutz in Bonn, das darf nicht hingenommen werden.

Während die kosmetischen Korrekturen der neuen Regierung von Napoleon Duarte in El Salvador mit Reagans Billigung die Lage des Volkes und der breiten Opposition in keiner Weise verbessern, darf für die entlarvten Bluthunde die Bundesrepublik kein Zufluchtsland und neues Betätigungsfeld werden.

Wie selten finden wir an dieser Stelle den Aufruf zur Unterstützung der Spendenaktion für Waffen wichtig: Stärken wir damit die revolutionä-

ren Kräfte in ihrem bewaffneten Kampf gegen die Diktatur in El Salvador, sorgen wir hier für einen Proteststurm, der es dem Todesschwadron-Offizier geraten erscheinen läßt, gar nicht erst einzureisen.

**Spendenaktion
„Waffen für
El Salvador“
Postscheck
Berlin / West
Sonderkonto
288 59-107
BLZ 100 100 10
Freunde der
alternativen
Tageszeitung e. V.
1000 Berlin 65**

**Bisher sind
3548 504,52 DM
eingegangen
(Stand: 24. 5. 84)**

Ölmultis reagieren „gelassen“ — mit Preiserhöhungen

Irak verschärft den Krieg am Golf

Fortsetzung von Seite 1

Ein massiver irakischer Luftangriff im persischen Golf galt am vergangenen Freitag sechs Frachtschiffen. Die irakische Luftwaffe griff diese Schiffe an, obwohl es weder Tanker waren, noch liefen sie einen Ölhafen an. Sie hatten den iranischen Hafen Bandar Khomeini, der nicht als Ölhafen dient, angelaufen.

Diese bisher größte Aktion seit Beginn der Seeblockade durch den Irak wurde von einem Sprecher in Bagdad als Auftakt zu einer noch weiteren Verschärfung der Seeblockade der iranischen Ölhäfen interpretiert.

Der Iran drohte nach dieser Aktion erneut mit einer Blockade der Straße von Hormuz, die viele arabische Länder treffen würde, die heute den Irak unterstützen.

Die US-Regierung, laufend bemüht, sich als „Retter am Golf“ anzubieten, hat die sofortige Lieferung von 200 Boden-Luft-Raketen des Typs „Stringer“ an die Saudi-Arabischen Herrscher in Riad bewilligt. Aber mehr als konkrete Waffen-

wünsche zu erfüllen, ist den USA zur Zeit nicht möglich. Daß aber die arabischen Staaten die oft geäußerten, direkten Eingreifhilfen der US-Armee aus positiven Beweggründen ablehnen, ist nicht anzunehmen. Selbst wenn der Präsident der USA — selbst sichtlich überrascht — in der vergangenen Woche zugeben mußte: „So, wie es scheint, wollen sich die Golfstaaten selbst schützen“.

Die zur Zeit nicht zu erwartende direkte militärische Einmischung der USA können sich die pro-westlichen arabischen Golfstaaten deshalb leisten, weil sie sich selbst zu einem starken Bündnis zusammengeschlossen haben, weil sie Milliarden Dollar für Rüstung und Waffen besitzen und sich wegen ihrer Ölvorkommen einen bestimmten Freiraum gegenüber der Supermacht USA geschaffen haben.

Der Golf (die Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Emirate, Bahrain, Qatar und Oman) bildet heute eine ökonomisch und militärisch sehr potente Gruppe, die sich nicht so einfach jeder Idee aus Washington fügt.

Allein Saudi-Arabien hat einen jährlichen Militäretat von rd. 80 Milliarden Mark. Man verfügt auf der arabischen Halbinsel über 370 hochmoderne Kampfflugzeuge. (Saudi-Arabien hat allein 70 Düsenjäger vom Typ F-15.) Dazu kommen noch vier vor den USA bereitgestellte Aufklärungsflugzeuge vom Typ AWACS, die den Irakern helfen, den gesamten Grenzluftraum bis weit hinein in den Iran zu kontrollieren.

Die Bedrohung vom Iran aus ist weitaus geringer. Höchstens 100 Kampfflugzeuge, schätzen Militärexperten, kann der Iran einsetzen, die meisten sind an der Grenze zum Irak gebunden, eine reale Gefahr für die Staaten westlich des Golf, auf der arabischen Halbinsel besteht da nicht.

Wenn der Irak nun, mit diesen starken Freunden — und nicht zuletzt für alle Fälle auch US-amerikanischen Hilfezusagen — den Kampf anheizt, eskalieren läßt, so nur, um die strategisch wichtige Region weiterhin pro-westlichen Kräften offenzuhalten, keinen „Störenfried“, wie es die Iraner für die Supermächte sind, zu dulden.

Mit dem versuchten Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser im Libanon wuchsen auch innerhalb der palästinensischen Befreiungsfront die Widersprüche. Stellten sich zunächst innerhalb der Al Fatah die Rebellenführer Abu Saleh und Abu Moussa offen gegen Yassir Arafat, wurde der PLO-Führer im Laufe des vergangenen Jahres auch von der Demokratischen Front (DFLP) und der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) zum Rücktritt aufgefordert. Die Entscheidung über den Vorsitz trifft der Nationalrat (PNC) der PLO, der praktisch das Exilparlament der Palästinenser ist.

Dieser Nationalrat ist jetzt für den 10. Juli nach Algier einberufen worden. Zum Stand der Auseinandersetzungen und den Bemühungen um die notwendige Einheit im Lager der Palästinenser dokumentieren wir im folgenden einen Bericht des Palästina-Infos Nr. 21/84 vom 25. 5. 1984:

Einigung in Algier

Der palästinensisch-palästinensische Dialog wurde am 16. Mai 1984 in Algier mit einem zweiten Treffen zwischen Al-Fatah und den Organisationen der Volksfront, der Demokratischen Front und der PLF (Palästinensische Befreiungsfront) fortgesetzt.

Nach Abschluß ihrer viertägigen Gespräche erklärten die teilnehmenden Parteien in einer Presserklärung, daß die Ergebnisse der Gespräche positiv und der palästinensischen Einheit und der Unabhängigkeit der nationalen Beschlußfassung dienlich gewesen seien. Die Gesprächsatmosphäre wurde als ernst und verantwortungsbewußt bezeichnet. In allen generellen Fragen sei eine Übereinkunft erzielt worden. Man habe sich auch prinzipiell darauf geeinigt, die nächste Sitzung des Palästinensischen Nationalrats für den 10. Juli 1984 in Algier einzuberufen.

Die in Algier gefaßten Beschlüsse und Resolutionen sollen nun noch einmal den einzelnen Organisationen zur Überprüfung und Beratung vorgelegt werden. Innerhalb der nächsten beiden Wochen soll dann auf einem weiteren Treffen in Aden die Bestätigung und Bekanntgabe dieser Beschlüsse, einschließlich des Termins der Einberufung des Palästinensischen Nationalrats, erfolgen.

Es ist nicht zu übersehen, daß alle Parteien in der PLO vom Willen getragen sind, die zermürbenden internen Debatten zu beenden und praktische Konsequenzen zu ziehen. Dennoch konnten die Meinungsverschiedenheiten im Detail nicht alle ausgeräumt werden. So existieren nach wie vor Vorbehalte bei der Demokratischen Front und der Volksfront gegen eine baldige Einberufung des Nationalrats. Beobachter führen dies angesichts der poli-

tischen Schwäche der Fatah-Rebellen und pro-syrischen Organisationen auf den Druck der syrischen Regierung zurück. Unverständlich bleibt auch die Weigerung von Habbash und Hawatmeh, die Arabische Befreiungsfront (ALF) an den gemeinsamen Gesprächen teilnehmen zu lassen. Fatah besteht auf deren Beteiligung, da die ALF zu jenen Kräften gehörte, die sich der „Unabhängigkeit der nationalen palästinensischen Beschlußfassung“ verpflichteten.

Innerhalb des palästinensischen Volkes, sowohl in den Exilländern als auch in den Flüchtlingslagern, mehren sich die Stimmen, die auf eine baldige Entscheidung und damit auf eine praktische Reorganisation der PLO drängen. Diese Forderungen kann und will sich gerade Fatah als Hauptträgerin aller politischen, sozialen und militärischen Einrichtungen der PLO nicht länger entziehen. Volksfront und Demokratische Front drohen sich in der palästinensischen Arena zu isolieren, wenn sie dieser Notwendigkeit nicht Rechnung tragen. Gerade diese Organisationen brauchen die Einheit und Stärke der PLO, um eine eigene, einigermaßen unabhängige Existenz bewahren zu können. Auch diese Überlegungen mögen zu der generellen Übereinkunft von Algier beigetragen haben.



Hamburg:

Palästinensische Freundschaftstage

Programm:

Freitag, 1. Juni 1984

Informationsveranstaltung mit Abdalla Frangi (Vertreter der PLO), Jürgen Reents (MdB Grüne), Wolfgang Bröner (ASK), Reinhard Hesse (Journalist), Prof. Mejer (Uni Hamburg)

Zeit: 19.30 Uhr

Samstag, 2. Juni 1984

Bilderausstellung und Werkstattgespräch mit dem palästinensischen Maler Burhan Karkutli über „Kunst im Widerstand“

Zeit: 14.00 Uhr

Filme über Palästina: G. Abu Ngelah, palästinensischer Filmmacher, stellt seinen Film „Palästinensische Träume“ vor.

Zeit: 16.00 Uhr

Freundschaft mit Musik, Tanz, Gesang, Infos, Spezialitäten

Zeit: 19.00 Uhr

Sonntag, 3. Juni 1984

Theateraufführung „Kafr Kassem“

Szenische Kantate nach einer Erzählung von Mahmoud Darwish

Wer ausperirt — gehört eingesperrt



Dieses Plakat der Volksfront mit der Forderung nach gesetzlichem Verbot der Aussperrung entstand nach dem Entwurf einer Dortmunder Genossin, die den Affen-Kapitalisten für die Solidaritätsdemonstration Dortmunder Gewerkschafter zur 35-Stunden-Woche entworfen hatte. Das zweifarbige Plakat sollte auch von RM-Lesern in diesen Tagen weitverbreitet werden. Wer es sich nicht über die nächste örtliche Volksfront-Organisation besorgen kann, wende sich an: Volksfront, Bundesgeschäftsstelle, Maria-Hilf-Straße 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362.



Diese Fotomontage, für eine Zeitung hergestellt und später als Postkarte gedruckt, stammt aus dem Jahre 1975. Nach großen Arbeitskämpfen stellte Jürgen Holtfreter, einer der Mitbegründer der Stuttgarter „plakat“-Gruppe ein Foto des damaligen BDI-Präsidenten Berg und eine Aufnahme vom Polizeieinsatz gegen Streikende zusammen.

Bis auf die Person Bergs ein leider auch heute noch — oder wieder — aktuelles Werk, vielleicht regt diese „alte“ Montage künstlerisch begabte RM-Leser zu einer Neugestaltung an.

Solidarität



Müllkutscher in Duisburg

Blind

WAHNSINNIG • ORDNUNGS-LIEBEND

10 WENDE-GEBOTE

diese Gebote veröffentlichte „BLIND“ anlässlich der großen Metaller-Demo in Bonn am vergangenen Montag.

- 1 Das große Geld regiert die Welt, so auch in Bonn
- 2 Werviel hat, wird viel bekommen — wer wenig hat, dem wird das wenige genommen.
- 3 Amnestie für Millionäre, Arbeitslosigkeit für Millionen
- 4 Arbeitslosigkeit macht frei
- 5 Streik ist noch legal, aber nicht legitim
- 6 Wer dem Unternehmervillen nicht gehorcht, wird ausgesperrt
- 7 Wer „kalt“ ausgesperrt wird, soll auch nicht essen
- 8 Hetze, Lüge und Verdrehungen über Streiks ist Pressefreiheit, jeder Drucker-Streik ist Zensur
- 9 Das Parlament soll die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Nur findet sich dafür keine Mehrheit im Parlament.
- 10 Wenn das Volk sich den Wendegedanken widersetzt, geht die Staatsgewalt auf das Volk los.

Entdeckt ...



... die Revoluzzer stehen hinter der Sonne!

„Wen hätten die Bremer Gewerkschafter am liebsten als Streikposten? Klar, Dieter Burdenski. Der läßt keinen durch ...“

Aus: Streikzeitung von Gewerkschaftern aus Bremen, vom 25.5.1984. In Köln hat man bestimmt auch einen Favoriten, ob man in Gelsenkirchen über „Fliegenfänger“ Junghans ebenso denkt, würde den RM interessieren ...

Blüm und Kohl, neulich in Bonn:



Schau Dir das an, nur wir beide haben recht und die alle irren sich gründlich!

Gefunden ...

KES® stellt ein

1. Betonbauer
Einschaler
Zimmerleute

für selbständige Montagearbeiten

2. Elektriker

mit Erfahrung in der Sanitärbranche

3. handwerklich
begabte
Mitarbeiter

für unsere neue Teichfolien-Produktion (evtl. für Schichtbetrieb)

Über alles Weitere möchten wir uns mit Ihnen persönlich unterhalten. Telefonische Anmeldung arbeiten unter

(05231) 47188-47164

KES K.-F. Schlack

Springbrunnenbau

Wasserschlack

Betonstahlwerk

Elektronik- und

Schweißarbeiten

Teichfolien-Produktion

Hohler Weg 26, 4930 Detmold

Gewerkschafter und Verfechter der 35-Stunden-Woche können in unserem Betrieb nicht beschäftigt werden.

... in der „Lippischen Landeszeitung“. Diese Stellenanzeige vom 5. Mai 1984, in der der Schlußsatz lautet: „Gewerkschafter und Verfechter der 35-Stunden-Woche können in unserem Betrieb nicht beschäftigt werden“, hat den DGB-NRW zu einer Protesterklärung veranlaßt, in der es unter anderem heißt: „Es reicht nicht aus, diesen Skandal öffentlich zu machen und zu verurteilen. Staat und Justiz sind aufgefordert, die Möglichkeit rechtlicher Schritte zu prüfen und diese gegebenenfalls einzuleiten.“ Weiter heißt es in der Erklärung, das Verfassungsgebot der Koalitionsfreiheit werde mit Füßen getreten, die Ausgrenzung von Gewerkschaftern sei eine Willkürmaßnahme, die in fataler Weise an frühkapitalistische Herr-im-Haus-Standpunkte der Fabrikherren erinnere.

Der DGB-Kreis Lippe hat zusammen mit der Gewerkschaft Bau Steine Erden (BSE) rechtliche Schritte gegen den Unternehmer Schlack eingeleitet.

- Spruch -

Steht dir das Wasser bis zum Hals, so darfst du dich nicht ducken, sonst bleibt dir nichts mehr übrig als zu schlucken.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 86 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.